

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Wesenspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1,90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Vorkauf. — Die Einzelnummer kostet 20 Pfg. Telefon Sammelnummer 72208 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pfg., bei Blauvorkauf 40 Pfg.
Stellenangebote 10. Spalte, Kolonelle 25 Pfg. Familienanzeigen von Privaten die 10. Spalte, Kolonelle mit 50%, Nachsch. Reklamesp. 2 Mk. Inserate v. ausw. die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pfg. bei Blauvorkauf 50 Pfg., Reklamesp. 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Volksbewegung gegen den Fürstenraubzug.

Das Volksbegehren.

Starke Beteiligung in Stadt und Land.

Berlin, 8. März. (Radio.) Ueber die Einzelnahmen in Groß-Berlin am Sonntag liegen die Zahlen für den gesamten Bereich der Reichshauptstadt noch nicht vor. Doch kann schon jetzt so viel gesagt werden, daß sich die Beteiligung am Sonnabend und Sonntag außerordentlich gesteigert hat. So wurden im Verwaltungsbezirk Mitte am Sonnabend 3249 Personen gezählt, am Sonntag aber 11 997. Im Bezirk Prenzlauer Berg erfolgten am Sonnabend 6076 Eintragungen, sie steigerten sich am Sonntag auf 17 355. Ähnlich sind die Steigerungen in allen übrigen Berliner Verwaltungsbezirken. Man rechnet bis jetzt in Berlin mit

rund einer Viertelmillion Eintragungen.

Sachsen meldet W.B.: Am 7. März haben sich in die Liste für das Volksbegehren in Berlin 164 952 Personen eingetragen. Am 6. März betrug die Zahl der Eintragungen 58 385, insgesamt wurden bisher in Berlin eingetragen 307 293 Personen.

In Leipzig-Stadt

zeichneten sich in den ersten vier Tagen insgesamt 28 367 Personen ein. Davon am ersten Eintragungstage 3030, am zweiten 3747, am dritten 7060 und am gestrigen Sonntag 13 990.

In Thüringen ist das Einzelnahmengeschäft für das Volksbegehren sehr flott voranschreitend. In Erfurt haben sich bis Sonntagabend insgesamt 5000, in Göttingen 2000, in Arnstadt 1500 eingetragen. In Jena-Mehlis hat sich bereits die Hälfte aller Stimmberechtigten eingeschrieben, ebenso wird aus einer Reihe von Ortschaften des Sonneberger Bezirks gemeldet, daß sich 50 Prozent der Stimmberechtigten, in einigen Orten sogar schon sämtliche Stimmberechtigten am Volksbegehren beteiligt haben. Dabei treibt die bürgerliche Presse die heftigste Sabotage. So wurde in einigen Blättern mitgeteilt, daß sich die Eintragung durch das Zustandekommen des Kompromisses der bürgerlichen Parteien erledigt habe. Daraufhin ist sogar in einer Gemeinde die Bekanntgabe von Versammlungen zur Fürstenabfindung verboten worden.

Die besondere Propaganda für Sonntag als Einzelnahmestag der Werktätigen hat im Groß-Hamburger Stadtgebiet großen Erfolg gehabt. Brachten die drei ersten Tage zusammen 20 000 Unterschriften, so brachte der Sonntag allein 33 000, so daß in Hamburg jetzt insgesamt 61 000 Unterschriften gezeichnet sind. Noch günstiger ist das Verhältnis in Altona. Mit 7300 Unterschriften am Sonntag wurden die 4700 Unterschriften der ersten drei Tage weit überholt. Altona hat mit den 12 000 Unterschriften jetzt das erforderliche Zehntel der Wahlberechtigten ungefähr erreicht. Mit aller Kraft wird jetzt auf Ueberflüsse für schwächere Bezirke hingearbeitet. Auch aus den kleinen Nachbarkörtern Hamburgs liegen günstige Ergebnisse vor. So hat Wandersdorf bis jetzt insgesamt 1320 Unterschriften aufgebracht.

Aus Breslau wird gemeldet: Obwohl die ungünstige Witterung die Demonstration und die Agitation für das Volksbegehren hemmt, hat der gestrige Sonntag in Breslau einen Rekord für das Volksbegehren gebracht. Während in den drei ersten Tagen durchschnittlich etwa 4000 Berechtigte sich in die Listen eingeschrieben hatten, waren es am Sonntag 8600, also insgesamt über 22 000 Unterschriften, die bisher in der Stadt Breslau zusammengebracht wurden. Auch im übrigen Schlesien geht die Bewegung trotz scharfer Sabotage und Terrorakte durch die ländlichen Großgrundbesitzer und kleinstädtlichen Honoratioren erfolgreich weiter.

Aus Köln meldet der SPD.: Im Laufe des Sonntag ist in Köln der Zustrom zu den Eintragungstafeln außerordentlich stark angeschwollen. Bei einer großen Anzahl von Einzelnahmestellen fanden die Eintragungslustigen in Reihen an. Besonders bemerkenswert ist die starke Beteiligung der Nichtwähler. In einzelnen Abstimmungsbezirken sind unter der Zahl der Eingetragenen fast 50 Prozent der Nichtwähler bei den letzten Wahlen. Auch die katholische Arbeiterkassen scheint entgegen der offiziellen Zentrumsparole, sich stark für das Volksbegehren einzusetzen. In einem Vorort von Köln erschien der Vorsitzende des katholischen Arbeitervereins als erster im Einzelnahmestempel, um seine Unterschrift für das Volksbegehren abzugeben. Ähnliche Beobachtungen sind auch anderwärts gemacht worden.

Auch in den westdeutschen Landbezirken geht die Eintragung für das Volksbegehren bis weit in die Kreise der Rechtsparteien.

In der Stadt Braunschweig haben bis Sonntagabend rund 10 000 Wahlberechtigte ihre Stimme gegen den Fürstenraub abgegeben. Auch auf dem Lande ist die Bewegung recht lebhaft, obwohl die Werbearbeit für das Volksbegehren in den rein agrarischen Bezirken ziemlich schwierig ist.

Daß die Bewegung wegen der Fürstenabfindung selbst auf dem platten Lande trotz aller Sabotageversuche des Reichslandbundes starken Widerhall in den Kreisen der Bauernschaft findet, dafür wird uns ein außerordentlich bezeichnendes Beispiel gemeldet. In dem Dorfe Koldeenhof in Mecklenburg waren bereits am ersten Tage alle Stimmberechtigten, bis auf einen Bauern und keine Frau in die Liste für das Volksbegehren eingeschrieben. Das Dorf ist ein reines Bauerndorf, in dem sonst Stimmen für Linksparteien nur in ganz geringem Maße gewonnen werden konnten.

In allgemeinen lassen die Mitteilungen aus fast allen Gegenden des Reiches erkennen, daß die Volksbewegung gegen die un-

verschämten Forderungen der fürstlichen Klassen ständig im Wachsen begriffen ist. Immer mehr drängt sich in weitesten Kreisen des Volkes die Erkenntnis Bahn, daß alle Schichten des werktätigen und schaffenden Volkes aufstehen müssen, um endlich dem schandbaren Raubzug der Fürsten und ihres ganzen Anhanges der entsetzlichen Wille des Volkes entgegenzusetzen. Die Fürstendiebstahl in den bürgerlichen Parteien machen durch ihre Presse die verzweifeltsten Anstrengungen, um die Erregung der Volksmassen zu dämpfen. Sie malen das Gespenst des Bolschewismus und Kommunismus an die Wand, um die bürgerliche Wählerkraft von der Eintragung für das Volksbegehren abzuhalten. Um so mehr müssen die Massen des werktätigen Volkes alle Kräfte aufbieten, um schon das Volksbegehren zu einer machtvollen Kundgebung gegen den Fürstenraubzug und gegen die Treibereien der Monarchisten und ihres ganzen Anhanges zu gestalten.

Der Ansturm auf die Einzelnahmestellen muß sich in dieser Woche von Tag zu Tag steigern. Kein Name eines Mannes oder einer Frau aus den Kreisen des arbeitenden Volkes darf in den Listen für das Volksbegehren für die Enteignung der fürstlichen Drogen fehlen.

Wer sich noch nicht eingetragen hat, zeichne sich sofort in die Listen ein!

Die demokratische Fraktion für das Kompromiß Die Parteimitglieder für das Volksbegehren.

Die demokratische Reichstagsfraktion veröffentlicht nach der Verständigung über das Abfindungskompromiß folgende Mitteilung: Die Verhandlungen der Regierungsparteien über die Fürstenabfindung haben zu einem Ergebnis geführt, das der demokratischen Reichstagsfraktion die Zustimmung zum Kompromiß ermöglicht. Die demokratische Parteiführung erwartet nunmehr, daß die Parteifreunde sich am Volksbegehren nicht beteiligen, das angesichts der Unsicherheit des Ausgangs und der Bedenken gegen seine Formulierung nur dann zu empfehlen war, wenn eine annehmbare parlamentarische Regelung nicht erreicht würde. Die Zustimmung des demokratischen Parteiausschusses wird am kommenden Mittwoch erbeten werden.

Die demokratische Reichstagsfraktion wendet sich mit dieser Kundgebung gegen die große Bewegung des Volksbegehrens, ohne die an eine Verbesserung der Ergebnisse der Beratungen des Reichsausschusses niemals hätte gedacht werden können. Das neue Kompromiß bleibt jedoch wesentlich hinter dem zurück, was Inhalt des Volkswillens ist. Dieses neue Kompromiß kann der großen Volksbewegung nicht Einhalt gebieten. Die Demokraten als Regierungspartei haben sich mit ihrer Kundgebung für Nichtteilnahme um des Zusammenhaltes der Regierung willen selbst die Hände gebunden.

Sie haben aber nicht ihren Anhängern die Hände gebunden. Die Demokraten im Lande denken anders über die Notwendigkeit der Durchführung des Volksbegehrens als die demokratische Reichstagsfraktion. Sie verstehen, daß man nicht einer solchen wahrhaften Volksbewegung mitten im Kampfe den Rücken kehren kann. Die demokratische Reichstagsfraktion hat aus parlamentarischen Rücksichten eine schwächliche Haltung eingenommen. Die Demokraten im Lande werden sich an diesen Bestandteil des Kompromisses nicht binden. Sie werden nun erst recht mit dem Volke für Demokratie und Republik gegen Fürstenraub und das Volksbegehren unterzeichnen.

Eine Anzahl führender Demokraten, darunter mehrere preussische Landtagsabgeordnete, Oberbürgermeister Dull und Senatspräsident Großmann, haben sich zu einem „Staatsbürgerlichen Ausschuss zur Förderung des Volksbegehrens“ zusammengetan und fordern — entgegen dem Beschlusse der demokratischen Parteiführung — zur Unterzeichnung des Volksbegehrens auf. In einem Aufruf an die Bevölkerung erklären sie, daß sie es als eine Forderung der Gerechtigkeit empfinden, in einem von bitterster Not betroffenen Volke nicht gerade diejenigen zu bevorzugen, die zuerst berufen gewesen wären, das ihnen vom Staate anvertraute und zur Erfüllung von Staatszwecken bestimmte Gut den Ländern hinzugeben, in deren Dienste sie es übernommen und genutzt haben. „Es ist nicht tragbar“, heißt es in dem Aufruf weiter, „daß die Hohenzollern auch in Zukunft noch zu den reichsten Grundbesitzern Deutschlands gehören sollen, während Tausende und aber Tausende nach dem verlorenen Kriege weder Heim noch Heerd mehr haben.“

Die Kölner Demokraten haben in einer sehr stark besuchten Versammlung beschlossen, sich gegen die Lösung der Fürstenabfindung durch Kompromißvorschlag zu erklären und statt dessen den sozialdemokratisch-kommunistischen Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten zu unterstützen. Sie fordern ihre Anhänger auf, sich in die Liste für das Volksbegehren einzutragen.

Aus Hamburg wird berichtet: Die moralische Wirkung dieser Bewegung macht sich jetzt bemerkbar durch eine Kundgebung der Hamburger Demokraten. Der Vorstand der Demokratischen Partei Hamburgs hat am Freitag beschlossen, die Mitglieder, Anhänger und Wähler der Deutschen Demokratischen Partei zur Unterzeichnung des Volksbegehrens aufzufordern. Er gibt dazu in der Presse eine nähere Begründung, in der ausgeführt wird, daß die Demokraten das Volksbegehren schon deswegen unterstützen müßten, damit unter diesem Druck der ersten Volkskundgebung der Reichstag zu besseren Beschlüssen komme. Je wichtiger das Volksbegehren ausfalle, desto besser würde das Reichsgesetz.

Die Tagung in Genf.

Der Sturz Briands.

Die Delegierten des Völkerbundes sind in Genf versammelt. Heute nachmittags 3 Uhr soll der Völkerbund zusammenzutreten, um den Schluffstein in das Gebäude des Locarnopaktes einzufügen. Bereits gestern waren die Häupter der europäischen Außenpolitik, die Garanten von Locarno, versammelt. Die Beratungen hatten das Ziel, jene Differenzen auszugleichen, die sich im Laufe der letzten Wochen ergeben haben. Der Telegraph meldet, daß eine Einigung nicht erfolgte, so daß möglicherweise auch die heutige Tagung das erstrebte Resultat noch nicht ergeben wird.

Das Ziel des Locarnopaktes war, eine Befriedung Europas herbeizuführen. Durch die Garantie der Westgrenzen Deutschlands sollten die schroffsten Gegensätze zwischen den Staaten Europas aus der Welt geräumt werden. In allen Parlamenten ist die Ratifikation des Vertragswerkes erfolgt, aber es kann nicht in Kraft gesetzt werden, solange Deutschland außerhalb des Völkerbundes steht. Trotzdem ergaben sich Widerstände, die zeitweise das gesamte Werk von Locarno in Frage stellten. Mit dem ständigen Ratspräsidenten, der den deutschen Vertretern in Locarno zugesagt worden war, erstanden Ansprüche anderer Staaten, die das gleiche Recht wie Deutschland forderten. Diese Forderungen wären gegenstandslos oder hätten feinerlei Aussicht, verwirklicht zu werden, wenn nicht Frankreich dem Antrag Polens einen gewissen Nachdruck verliehen hätte. Erst durch die Ansprüche Strzyskowskis traten die Forderungen Spaniens und damit auch Brasiliens in den Vordergrund, und wie der Ausgang der gestrigen Beratungen zeigte, wurden die Gegensätze noch nicht aus der Welt geschafft, obwohl man annehmen durfte, daß durch die letzten Beschlüsse des englischen Kabinetts und durch die Verhandlungen im britischen Unterhaus eine Wendung herbeigeführt worden sei.

Wenn sich diese Differenzen trotz des „Geistes von Locarno“ ergaben, der den Franzosen Elsass-Lothringen sichert, so sind die Ansprüche Polens, die nur im Einverständnis mit Briand erhoben werden konnten, die Reaktion auf ein weiteres Ergebnis von Locarno, nämlich die Beseitigung der Hegemonie Frankreichs über Europa, die sich im Laufe der Jahre herausentwickelt hatte. Die Forderungen Polens, mit Deutschland zugleich einen ständigen Rat zu bekommen, stehen zweifellos im Widerspruch zu den Abmachungen von Locarno, und wenn jetzt Chamberlain und Briand erklären, daß eine Erweiterung des Rates längst in Aussicht genommen gewesen sei, dann war es nur ein Gebot der Aufrichtigkeit, das bereits in Locarno zu vertreten. Damals hat die Absicht, eine Erweiterung des Rates bereits jetzt vorzunehmen, nicht bestanden und die Ansprüche Polens wurden nach eingehender Verständigung mit Frankreich erhoben, dem anderenseits Chamberlain sekundierte. Der Zweck dieser Bestrebungen ging dahin, dem zweiten Resultat von Locarno, die Eindämmung des französischen Einflusses in Europa, entgegenzuwirken, indem mit Deutschland eine weitere Macht in den ständigen Rat des Völkerbundes aufgenommen wurde, die notwendigerweise gezwungen ist, mit Frankreich Hand in Hand zu gehen. Und da die Position Briands infolge der innerpolitischen Schwierigkeiten Frankreichs dauernd schwankte, fand der französische Ministerpräsident die Unterzeichnung Chamberlains, der das Werk von Locarno gefährdet sah, sofern Briand seine Außenpolitik nicht durchzuführen vermöchte.

Nun wurde, zur Ueberraschung der gesamten Welt, Briand am Vorabend von Genf gestürzt. Schon im Januar 1922 stolperte Briand über seine Außenpolitik, als in Cannes die leitenden Persönlichkeiten Frankreichs, Englands und Deutschlands zusammenkamen, um das Problem der Verständigung zu erörtern. Damals stürzte Briand durch einen Hieb aus dem Hinterhalt über seine Außenpolitik. Jetzt ergab sich seine Niederlage aus den Finanzschwierigkeiten, die Frankreich seit Monaten beschäftigen. Das ist das Ergebnis der Wechselwirkungen von Innen- und Außenpolitik, die für alle Staaten, die am Kriege beteiligt gewesen sind, von Bedeutung waren.

Die französische Finanzkrise ist das unmittelbare Produkt des Versailler Vertrages. Jahrelang wurden Ausgaben gemacht, ohne für Deckung zu sorgen. Der Boche bezahlt alles. Das war die Devise, und nach den Grundzügen des Versailler Vertrages hätte denn auch das deutsche Volk alle die Ausgaben des französischen Kabinetts, die verschwenderisch gemacht wurden, zu decken gehabt, wenn sich dem nicht unüberwindliche wirtschaftliche Schwierigkeiten entgegenstellten hätten. Das war eine der Ursachen, die zum Ruhrkrieg führten. Dieses Unternehmen hatte den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands im Gefolge. Gleichzeitig aber wurde durch die wirtschaftlichen Ergebnisse dieses letzten Gewaltreiches Poincarés, der Nationalismus zurückgeworfen. Bei den Wahlen am 11. Mai 1924 siegte das Linkspartei, aber das Kabinett Herriot, das der Herrschaft des bloe national folgte, war lediglich imstande, neue außenpolitische Linien aufzuzeigen, ohne der innerpolitischen Schwierigkeiten Herr zu werden.

Die Völkerbundstagung in Genf.

Die Vorbereitungen der Locarno-Mächte.

Die Besprechung der sechs Staatsmänner im Hotel Beau-Rivage dauerte bis 6.45 Uhr, also fast 4 Stunden. Die einzelnen Delegationsführer kehrten darauf in ihre Hotels zurück. Das vereinbarte Kommuniqué hat folgenden Wortlaut:

„Die Vertreter der Staaten, die sich in Locarno zum Abschluss des Rheinlandpaktcs zusammengedrungen haben, haben sich zum Austausch ihrer Meinungen über die schwebenden Fragen in Genf verabredet. Sie haben sich in einer Unterredung zusammengefunden, in deren Verlauf sie mühelos die gegenwärtige Situation aufklärten. Auf diesen ersten Gedankenaustausch soll in einer weiteren Sitzung eine zweite Unterhaltung folgen.“

Der Sonderberichterstatter des WTB. meldet hierzu noch folgendes:

Die heutige Unterredung der sechs Locarno-Delegierten im Hotel Beau-Rivage war ausschließlich der Erörterung des Kernproblems gewidmet. Es handelt sich dabei zunächst um eine Klärung der beiderseitigen Ansichten und der Beweggründe, die zu ihrer Formulierung geführt haben. Auf diesem Wege bedeutete die nahezu vierstündige Unterhaltung zweifellos einen Fortschritt. Die Delegierten der anderen Mächte haben dabei den Standpunkt vertreten, der sie veranlasst, ihre Anschauung von der Möglichkeit einer Ratserweiterung in dieser gegenwärtigen außerordentlichen Session aufrechtzuerhalten. Deutlich erweist sich demgegenüber der bekannte und in verschiedenen Regierungskundgebungen, zuletzt in der Hamburger Rede des Reichskanzlers niedergelegte einmütige Standpunkt der Reichsregierung vertreten, der auch weiterhin als feststehend betrachtet werden muß. Die Form der Verhandlungen war, wie von den Delegierten der verschiedenen Mächte übereinstimmend betont wurde, außerordentlich sachlich und ließ das einmütige Bestreben verspüren, bei dem Bemühen um eine Lösung nicht zu verfehlen. Wenn sich zweifellos auch erhebliche Schwierigkeiten ergeben haben, so sind sich doch die Vertreter der am Abschluss des Rheinlandpaktcs beteiligten Mächte der Verantwortung besonders bewußt, die von ihnen fordert, diese Aufgabe durchzuführen.

Briands Rückreise nach Paris.

Wiedereintritt in Genf voraussichtlich Dienstag.

WTB. Genf, 7. März. Mit Rücksicht auf die französische Kabinettstafelie kehrt Briand heute abend nach Paris zurück. Er sprach jedoch die Hoffnung aus, daß er Dienstag vormittag wieder in Genf sein könne. Der zweite französische Delegierte, Paul Boncour, bleibt in Genf.

Selbstverständlich hat der Sturz des Kabinetts Briand sich auch auf die Genfer Tagung ausgewirkt. Nach den ersten Aufregungen, die sich aus der ursprünglichen Androhung Briands, nicht nach Genf gehen zu wollen, ergaben, hat man sich freilich ziemlich beruhigt. Natürlicher ist die augenblickliche Stellung Briands in Genf, als bloßer geschäftsführender Minister, eine andere als die, die er auf der Locarnotagung inne hatte. Dabei ist freilich zu beachten, daß Briand neben seiner bisherigen Stellung als französischer Außenminister noch die persönliche des ersten ständigen Delegierten Frankreichs beim Völkerbund beibehält. Zudem besteht die Möglichkeit, daß Briand in der neu gebildeten Regierung abermals den Posten des Außenministers bekleiden wird.

Nach dem Sturz Briands.

Durch die Reise Briands nach Genf hat die französische Regierung natürlich noch wenig Aussicht auf Klärung erhalten, obwohl Briand Sonntag abend nach Paris zurückgefahren

Wiederverhaftung der Brüder Barmat.

SPD. Die Generalstaatsanwaltschaft beim Kammergericht hat jetzt die Anklage gegen Barmat und Genossen dem Landgericht I Berlin zugehen lassen. Vorsitzender der über die Eröffnung des Verfahrens beschließenden Kammer ist Landgerichtsdirektor Bernau. Die Anklage, die über 840 Druckseiten umfaßt, stützt sich im wesentlichen auf urkundliches Material. Anklage wird erhoben gegen die Brüder Julius und Henry Barmat, gegen Direktor Klende, Finanzrat Hellwig, Reichstagsabgeordneter Lange-Hegermann, die Gebrüder Direktor Staub und Rechtsanwalt Staub, Kaufmann Rabinowich, Generaldirektor Karl Walther und Direktor Haller. Der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht hat den Antrag gestellt, eine Reihe von Persönlichkeiten, gegen die die Voruntersuchung geführt worden war, außer Verfolgung zu setzen. Darunter befinden sich Geheimrat Finanzrat Rühl, Ministerialrat Dr. Raub, ferner die Brüder Salomon und Jaak Barmat und die Direktoren Wolff und Konig.

Die Brüder Julius und Henry Barmat sind am Sonnabend wieder in Haft genommen worden. Vor einer Woche etwa brachte die reaktionäre Presse Berlins die Meldung, die Barmats seien nach Holland geflüchtet. Die falsche Behauptung von seiner Flucht hat anschließend dem Untersuchungsrichter Veranlassung gegeben, die Wiederverhaftung zu verfügen, obwohl die Haft-unfähigkeit Julius Barmats auch jetzt noch von den Ärzten behauptet wird.

Die Verteidiger der Brüder Barmat haben gegen die Wiederverhaftung ihrer Mandanten beim Sitzsamt des Kammergerichts Beschwerde erhoben.

Ein Opfer Jürgens' freigelassen.

SPD. Kassel, 8. März. Am Sonntag wurde der durch einen am Sonnabend erlassenen Gnadenakt des Reichspräsidenten amnestierte kommunistische Parteisekretär Wolf Weber aus dem Gefängnis entlassen. Wolf Weber war im Jahre 1923 von dem jetzt wegen großer Betrügereien festgenommenen Landgerichtsdirektor Jürgens verhaftet worden. Die Untersuchungs-haft dauerte 20 Monate und es wurde behauptet, sie sei deshalb so in die Länge gezogen worden, damit Wolf Webers Tat — Vergehen gegen das Verbot der kommunistischen Partei — nicht unter die Amnestie fällt. Wolf Weber war dann vor zwei Monaten vom Staatsgerichtshof in Leipzig zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Sofort nach Bekanntwerden der Verurteilungen von Jürgens stellten die Kommunisten beim Reichsjustizministerium Antrag auf Entlassung Wolf Webers. Diesem Antrag wurde nunmehr entsprochen.

Der Untersuchungsausschuß für die Schuldfrage.

SPD. Der 4. Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses für die Kriegsverbrechen, vor dem einige Zeit Genosse Dittmann sein aufsehenerregendes Referat über die Marinemutereien gehalten hat, hielt am Freitag eine nichtöffentliche Sitzung ab. Der Ausschuß nahm zunächst Kenntnis von einem Brief des Sachverständigen Dr. Herr, in dem dieser das Gerücht, er habe an dem Referat Dittmanns mitgewirkt, zurückweist. Gen. Dittmann selbst erbat sich an Hand seines handschriftlichen Ma-

terials den Nachweis, daß das erwähnte Gerücht jeder Grundlage entbehrt. Eine Eingabe des Vereins ehemaliger Matrosen wurde dem Referenten Hg. Joos zu späterer Berichterstattung überwiesen. Die Öffentlichkeit wird darauf hingewiesen, daß es sich um die Mitteilung und Eingaben, die für den Ausschuß bestimmt sind, nicht um einzelne Abgeordnete oder Sachverständige, sondern an den Ausschuß oder dessen Vorsitzenden zu richten.

Hg. Graf zu Eulenburg (Dtn.) hielt dann ein Referat über die Schuld am inneren Zusammenbruch. Er beschäftigte sich nach dem offiziellen Bericht, der über die Sitzung ausgegeben wurde, mit dem Verhältnis der verschiedenen sozialistischen Richtungen untereinander. Der Herr Graf ist nach wie vor der Überzeugung, daß die „Schande der Revolution“ durch einen wohlüberlegten Dolchstoß herbeigeführt worden ist. Nach diesem Referat vertagte sich der Ausschuß.

Trotha erklärt.

WTB. Berlin, 5. März. Admiral v. Trotha schreibt: Der Vorwärts kommt in der Nr. 107 vom 3. 28 in einem Artikel „Der geplante Flottenvorstoß von 1918“ noch einmal auf das als „Falle“ vor dem „Tag“ gelegte Minenfeld zurück und wundert meine Stellungnahme. Ich erkläre hierzu nochmals, daß ein solches Minenfeld bei den Ueberlegungen zum Flottenvorstoß keine Rolle gespielt hat.

Blutige Zusammenstöße in Breslau.

WTB. Breslau, 7. März. Gelegentlich einer Massenkundgebung, die die Sozialdemokraten am Sonntagmittag gegen die Fürttenabstimmung auf dem Neumarkt veranstalteten, an der auch die Kommunisten teilnahmen, kam es im Verlaufe der Versammlung zu heftigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Sozialisten. Die Ursache bot ein Wagen, den die Kommunisten mit sich führten, und auf dem sich ein Halbblut mit einer Wunde befand, das von Zeit zu Zeit auf den Kopf der Gruppe niederfiel. Die Polizei beschlagnahmte den Wagen; als sich die Kommunisten wieder in den Besitz des Wagens setzen wollten, ludte dies die Polizei zu verhindern, wobei sie mit Gummischlägern auf die Menge einschlug. Hierbei wurde ein Mann schwer, ein anderer leicht verletzt. Von den Beamten erlitt ein Mann leichtere Verletzungen. Die Polizei stellte alsdann die Ruhe wieder her.

Ueber einen weiteren Zusammenstoß zwischen Stahlhelmleuten und Kommunisten bringt WTB. die folgende amtliche Meldung aus Breslau: Eine am 5. März vom Stahlhelm, Ortsgruppe Breslau, in Schloßwerber veranstaltete Werberversammlung konnte unter starken polizeilichen Vorkehrungen ohne erste Zusammenstöße beendet werden. Nach Schluß der Versammlung gegen 10.15 Uhr abends gelang der Abmarsch der Kameradschaften des Stahlhelms nur unter hohem polizeilichem Schutz. Wo sich Angriffsmöglichkeiten boten, fanden infolge des Vorhens der kommunistischen Gegner Mäntelchen statt, die an verschiedenen Stellen zu kurzen Schlägereien ausarteten. Ueberall gelang es den herbeieilenden Schutzpolizei-Kommandos, die Ordnung sofort wiederherzustellen. Bei diesen Zusammenstößen, die mit großer Erbitterung ausgefochten wurden, gab es auf beiden Seiten verurteilt auch blutige Köpfe. Die Polizeibeamten beschlagnahmten eine Anzahl von Gummiknüppeln und zwei Dolchmesser. Diese Waffen wurden sowohl bei den Stahlhelmleuten als auch bei ihren Gegnern vorgefunden.

Das Linkslager war durch die verschiedenen Richtungen der radikalen Parteien und durch eine stark angewachsene sozialdemokratische Fraktion gebildet worden. Weder die Sozialisten, noch die Radikalen waren so stark, um sowohl der Außen- als auch der Innenpolitik ihren Stempel aufzudrücken. Es ergaben sich alle die Erscheinungen, die wir in Deutschland seit Jahren auf der Tagesordnung haben, d. h. die Tatsache, daß keine der jeweils führenden Parteien über so starken Einfluß verfügt, um ihre Grundanschauungen durchzusetzen. In der Außenpolitik gingen die Wege der Radikalen und der Sozialisten in etwa gleicher Richtung. Da trat die Abhängigkeit nicht unmittelbar in Erscheinung. Als es aber galt, dem Finanzproblem näherzutreten, um den Kapitalbeschwerden, dem fortwährenden Sinken des Franken, entgegenzuarbeiten, als es galt, für die immer größer werdende Schuldenlast eine entsprechende Deckung zu schaffen, da klappten die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Radikalen und den Sozialisten unüberbrückbar auseinander, und der Sturz Briands war das notwendige Ergebnis dieser Konstellation, wenn es ihm nicht gelang, seine Orientierung nach dem rechten Flügel der Kammer fortzusetzen.

Man sieht sich in das Jahr 1922 zurückverkehrt, als in Deutschland die ersten Anstrengungen gemacht wurden, um den immer drohender werdenden Inflationsercheinungen entgegenzuwirken. In der Außenpolitik stimmten die Sozialisten mit den bürgerlichen Mittelparteien durchaus überein. Ja noch mehr, die Linksozialisten, die Unabhängige Partei, hatte außenpolitisch die Führung. Die außenpolitischen Linien aber wurden dauernd forciert durch die Unmöglichkeit, den Reparationsforderungen zu entsprechen und durch den weiteren Gegensatz, der sich zwischen den Unabhängigen und den bürgerlichen Mittelparteien in bezug auf die Lösung des Finanzproblems ergab. Auch in Deutschland wurde damals über die Zweckmäßigkeit der Bewilligung indirekter Steuern lebhaft gestritten, und in einer der ersten Generalversammlungen der Unabhängigen Partei, dem Konflikt in der Freiheit-Redaktion, stand dieses Problem im Vordergrund. Man diskutierte die Frage, ob man heute die Versaillesche Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern noch aufrechterhalten können, und die weitere Frage, was wichtiger erscheine, die Inflation unter allen Umständen abzumildern, vielleicht auch unter Zuhilfenahme indirekter Steuern, oder aber alle indirekten Steuern abzulehnen, damit jedes Reformwerk zum Scheitern zu bringen und der Inflation ungehemmten Lauf zu lassen. Die weitere Entwicklung in Deutschland ist bekannt. Nach den Folgen der Ermordung Rathenaus schlossen sich die beiden sozialistischen Parteien zusammen. Ende November 1922 entwickelte sich die Krise um das Kabinett Briand. Die Koalition mit der Volkspartei wurde zur Unmöglichkeit. Dann folgte Cuno. Das Weitere ist noch jedermann in Erinnerung.

Wir fühlen uns nicht befugt, an den Maßnahmen der französischen Genossen irgendwie Kritik zu üben, weil wir naturgemäß die Triebkräfte der französischen Politik nicht eingehend genug beobachten können. Immerhin ergeben sich diese Parallelen ohne weiteres und um so mehr, wenn man die Frage stellt, was nun an die Stelle des Kabinetts Briand treten wird. In irgendeiner Form muß das Finanzproblem zur Lösung gelangen, weil ohne die Sanierung im inneren Frankreich die Schuldenfrage mit England und den Vereinigten Staaten nicht gelöst werden kann. Die Wahlen in Belfort, wo einer der extremsten Nationalisten, Tardieu, gewählt worden ist, und selbst die letzten Erwahlten in Reims, in denen zwar das Linkslager, freilich unter Verlust einer größeren Anzahl von Stimmen siegte, waren Sturmzeichen. Wir stimmen mit Paul Levi völlig überein, der in einer der letzten Nummern seiner Korrespondenz über die Situation Frankreichs, wie sie in Locarno und durch die Steuerkämpfe in der Kammer geschaffen wurde, schreibt:

„Stelle ich mich noch nicht in der Geschichte hat ein militärischer Sieger so um den Frieden gebettelt wie Frankreich im Zeitalter des Linkslagers. Wir haben vor Monaten darauf hingewiesen, daß zwar nicht die äußere, aber die innere Politik des Linkslagers in Frankreich mit logischer Notwendigkeit zu einem, der Form nach gewiß gemilderten, Faschismus in Frankreich, zu einer nationalsozialistischen Regierung führen muß. Die Karikatur des Regierens, die der Linksbloß in Frankreich seit zwei Jahren aufweist, läßt ja einem an sich freilichlichen Volke wie den Franzosen keinen anderen Ausweg, zumal ja der Linksbloß nicht nur selber nichts taugt, sondern den geschichtlich richtigen Ausweg, den Weg zum Sozialismus, versperrt. Daß diese Diagnose nicht unrichtig war, scheint uns die Wahl von André Tardieu zu beweisen, der in Belfort, einer proletarischen, seit langem links wählenden Stadt, am vergangenen Sonntag auf den ersten Anschlag gewählt wurde; einem Gewinn der Reaktionäre von 2100 Stimmen stand ein Stimmenverlust von 2800 Radikalen, von 400 Sozialisten gegenüber; seit vor zwei Jahren. Wir schreiben dieser Wahl nicht nur innerpolitische, sondern die größte außenpolitische Bedeutung zu. André Tardieu, der Mann von Versailles, rechte Hand von Clemenceau, 1924 in der Wahl hoffnungslos geschlagen, steigt wieder auf.“

Jetzt erhebt nun die Frage, wer an die Stelle Briands treten soll. Der französische Ministerpräsident erklärte, daß er sich nicht autorisiert fühle, in Genf tiefgreifenden politischen Veränderungen, die etwa dem kommenden Kabinett Schwierigkeiten machen könnten, seine Zustimmung zu geben. Nach andern Versionen ist die Niederlage Briands ein sein abgekartetes Spiel, um aus der Krise, die sich durch die Völkerbundspolitik der letzten Wochen ergeben hat, herauszugelangen. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß diese Absichten bei der Abstimmung am Sonnabendmorgen nicht völlig ausgeartet waren. Wie dem aber sei, und wie sich der Völkerbundsrat entscheiden wird, das französische Finanzproblem bleibt offen. Hoffen wir, daß in Frankreich nicht, wie in Deutschland, ein Cuno folgen werde. Dann würde durch die Vorgänge in der französischen Innenpolitik nicht nur das Werk von Locarno gefährdet. Vielmehr würde Europa neue Erschütterungen erleiden.

Begnadigung der mecklenburgischen Gememörder.

SPD. Schwerin, 7. März. Die Gememörder Deutnant Schäler und Genossen, die seinerzeit vom Schweriner Schwurgericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Ermordung zweier Angehöriger der Schwarzen Reichwehr zum Tode verurteilt worden sind, wurden jetzt von der mecklenburgischen deutschnationalen Regierung begnadigt. Die Todesstrafe wurde in Zuchthaus umgewandelt.

Nach dem ganzen Verlauf des Verfahrens gegen die Gememörder konnte man diesen Ausgang voraussehen. Wie lange wird es noch dauern, bis die Herren Mörder auf diesem oder jenem Wege den Weg in die goldene Freiheit zurückgefunden haben?

Marine-Etat und Volksbegehren.

Neue Kriegsschiffe statt Brot.

Berlin, 6. März.

Der Reichstag beendet am Sonnabend die zweite Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums. Unter Ablehnung aller Änderungsanträge werden die einzelnen Kapitel nach den Beschlüssen des Hauptausschusses angenommen. Die Etatsberatung wird dann beim

Haushalt der Marine

fortgesetzt. Ueber die Verhandlungen des Ausschusses berichtet Abg. Hähnel (Soz.): Bei einer Reihe von Titeln sind Wünsche vorgenommen worden. Der Ausschuss legt eine Entscheidung vor, wonach die Reichsregierung ersucht werden soll, bald in eine Erwägung darüber einzutreten, wie die Beschaffung des gesamten Reichsbedarfs zur Erzielung möglichst großer Ersparnisse zentral eingekauft und die zu vergebenden Gegenstände tunkünftig normalisiert werden können; außerdem sollen die Verwaltungsabteilungen und Verwaltungsreferate usw. für Heer und Marine im Ministerium möglichst zusammengeleitet werden.

Abg. Auhf (Soz.):

Im Hauptausschuss ist die Reichsmarine von den Vertretern der bürgerlichen Parteien äußerst wohlwollend behandelt worden. Man war fast so begeistert wie in der Vorkriegszeit. Es ist anzunehmen, daß die Marine von den Staats- und arbeitgeberfeindlichen Elementen der Dönerfeld- und Ehrhardt-Brigade wieder geküßert werden wird. In diesem Zusammenhange ist erwähnt, daß der Reichswehrminister 1921 eine Anzahl Marineoffiziere wegen schwerer Disziplinlosigkeit und hohverräterischer Untertaten entlassen hat. Der Führer dieser Rebellen war der damalige Marinestabschef Admiral von Trotha. Dieser Rebellenadmiral wurde aus dem Amte gejagt, und er wäre verhaftet worden, wenn er nicht der Tapferkeit besseren Teil gewährt hätte. Es ist mehr als charakteristisch, daß gerade dieser Admiral von der Marineleitung als Reichskommissar in den Untersuchungsausschuss entsandt wurde. Dieser für die Republik beschämende Vorgang ist durch die Rede noch verstärkt worden, die der Korvettenkapitän Canaris im Ausschuss gehalten hat. Meine Parteifreunde verurteilen aufs schärfste den parteiischen Eingriff des Reichswehrministeriums in die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses, durch den das kaiserliche System der Hebel, Brutalität und Justizhände in Schutz genommen werden sollte. Die Verteidigungsrede des Ministers im Hauptausschuss hat bewiesen, daß er auch in der Marine nicht über die mögliche Autorität verfügt.

Auch in der Marine sind Kräfte am Werk, die die Republik planmäßig bekämpfen. In Wilhelmshaven sollte ein junger Mann, der auf Grund seiner glänzenden Eignung schnell zum Obergeleiteten befördert worden war, zur Unteroffiziersprüfung zugelassen werden. Die Abkommandierung dazu erfolgte aber nicht, weil dem Kompaniechef bekanntgeworden war, daß der Obergeleitete einen Onkel hat, der dem Reichsbanner angehört. Ein junger Mann aus Frankenberg in Sachsen durfte bei der Marine nicht eintreten, weil sein Vater Führer eines örtlichen Arbeitervereins war. Die Marineleitung der Ostsee legt den Rekrutenausschüssen einen Fragebogen vor, in dem es heißt: „Gehört die Vater einem Militär- oder Marineverein an?“ Welchen Zweck hat diese Frage? In Wotodam ist eine private Marineklub gegründet worden. Die Namen der Mitglieder dieses Vereins werden geheimgehalten. Der Zweck der Klubung ist, die Kadetten „im Geiste von Potsdam“ zu erziehen. Haben Kadetten dieser Schule in der Reichsmarine Aufnahme gefunden? Jetzt wird uns auch bekannt, daß die Marine ganz im geheimen in Wilhelmshaven-Rüstungen Heftkreuzer ausbildet. Wir fordern, daß mit diesem Spul sofort Schluss gemacht wird.

Im Hauptausschuss wurde uns erklärt, daß der Etat auf schmaler Basis aufgestellt sei und das Finanzministerium gar keine Wünsche wüßte. Das sagt man in einer Zeit, wo 2 1/2 Millionen Arbeiter mit einer schweren Krise ringen und Kriegsschiffe noch in Spelunken wohnen müssen. Von Sparsamkeit ist bei der Marine keine Rede, sie leidet im Gegenteil an äußerster kostspieliger Überorganisation. Unsere wüßige Marine hat allein in der Zentralverwaltung etwa 100 Offiziere und über 300 Beamte, dazu noch ein Heer von Hilfskräften. Die Marineverwaltung braucht 26 Ministerialräte, die preußische Innenverwaltung, die mit 75 000 Volksgenossen sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen hat, zählt nur 16 Ministerialräte. Im Zeitalter des Automobils hält sich die Marine noch 402 Pferde, damit die Offiziere, wie uns erklärt wurde, das Reiten nicht verlieren.

Meine Parteifreunde lehnen die Mittel für den Neubau von 2 Kreuzern und 7 Torpedobooten ab, weil es unverantwortlich ist, in einer Zeit, wo Millionen Menschen hungern und Hunderttausende von Menschen unwillkürlich wohnen, Kriegsschiffe zu bauen. Die von uns verlangten 5 Millionen Mark zum Bau von Wohnungen für Schwerkrankenbeschädigte lehnen Sie ab, weil kein Geld da ist, aber zum Bau von Kriegsschiffen ist Geld vorhanden. Für den Schutz unserer Küsten, der Kaufahrtschiffe und der Fischerlei tritt auch meine Partei ein, aber dazu brauchen wir keine Kriegsschiffe mit Linienausstellungen und 10 Admiralen. Die Verbindung zwischen Heimat und Auslandsdeutschen kann durch bevollmächtigte Handelschiffe besser hergestellt werden als durch Kriegsschiffe. Überzins würden wir selbst mit einer Kleinflottenflotte nur einen winzigen Bruchteil der Auslandsdeutschen ernähren können. Zur Hebung unserer Wirtschaft sind andere Faktoren notwendig als die Besuche von Kriegsschiffen im Auslande. Wir wollen hoffen, daß das Auskreiten der Marineoffiziere im Auslande auch künftig wieder Anerkennung finden wird. Im Ausschuss hat der Abg. Brüninghaus das Wort von den „schwimmenden Särgen“ gebraucht, mit denen unsere Marine nicht in See gehen dürfte. Dieses Wort ist so alt, wie die Flottenschwärmerei überhaupt. Aber gerade Herr Brüninghaus sollte mit solchen Worten vorsichtig sein, denn gerade er war doch mit dem Plan eines Flottenvertrages 1918 einverstanden, bei dem das Decker von über 20 000 Matrosen aufs Spiel gesetzt werden sollte. Es ist bis heute kein einziges Kriegsschiff in der ganzen Welt infolge Altersschwäche untergegangen, dabei gibt es in der Weltflotte eine große Anzahl Kriegsschiffe, die viel älter sind als die deutschen Handelschiffe, die nicht so stabil gebaut sind wie die Kriegsschiffe, gehen über 50 Jahre in See. Auf alle Fälle ist es Demagogie, unsere Kriegsschiffe als schwimmende Säрге zu bezeichnen.

Im Hauptausschuss haben einige Herren der Rechten auf die Matrosen der kaiserlichen Marine Steine zu werfen gesucht. Ich mache Sie zur größten Voricht. Sie kennen die aktenunwürdigen Darlegungen meines Parteifreundes Ditmann. Beachten Sie das eine: neben jedem im Weltkrieg gebliebenen Marineoffizier liegen 28 Matrosen. Unsere Zukunft liegt nicht auf dem Wasser, nur durch eine gute Innen- und Außenpolitik wird Deutschland wieder erstarren. Wehrhaftigkeit in allen Ehren. Wollen Sie aber dieses Ziel erreichen, dann helfen Sie uns, daß die Mütter ohne Sorgen gebären können, geben Sie den Kindern ausreichend Milch. Unterbinden Sie jede chauvinistische Propaganda und geben Sie dem Volke Freiheit und Brot! (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Treppmann (Dnt.) wendet sich gegen die Auffassung der Friedensgesellschaft, daß die Ausgaben für Rüstungswende außerordentlich geringfügig seien; diese Steigerung sei nur eine Folge des Versailleser Vertrages und der gestiegenen Preise. Der Hauptzweck

der Auslandsfahrten der deutschen Kriegsschiffe sei, Propaganda für Deutschland zu machen und Brechen in das Lügenneze zu schlagen, das gegen uns verbreitet worden sei. Falls sei auch die Behauptung, daß der frühere Admiral von Trotha sich der Verantwortung durch die Flucht entzogen habe.

Abg. Brüninghaus (Dnt.) bespricht die Seeabrüstungskonferenz von Washington. Bisher hätten sich noch keine Auswirkungen der dort gefassten Beschlüsse gezeigt. Frankreich vergrößere seine Flotte immer weiter. Seit Ludwig IV. sei die französische Politik immer dieselbe geblieben, nämlich Preußen-Deutschland auf jede Weise zu schwächen. Man könne nicht erst eine Marine im Rahmen des Vertrages von Versailles aufbauen und dann die Mittel für ihren Ausbau abziehen.

Abg. Creutzburg (Komm.) lehnt den Etat ab, weil auch die Marine ein Mittel zur Unterdrückung der Arbeiterschaft sei und zum Kampfe gegen Sowjet-Rußland verwendet werden soll. Der Redner nennt den Wehrminister einen Mann mit dem Gemütskreis, was vom Präsidenten gerügt wird.

Abg. Graf zu Reventlow (Dnt.) meint, daß die Sicherheitsfrage durch die Abmachungen von Locarno auch nicht gelöst worden sei. Aus diesem Grunde würden die Bestrebungen auf allgemeine Abrüstung ohne Erfolg bleiben.

Reichswehrminister Gehler

erklärt auf eine Beschwerde des württembergischen Redners darüber, daß Württemberg nicht in der Reichswehr aufgenommen werden, daß die Angehörigen der Reichswehr den Eid auf die Verfassung leisten müßten und ihn auch halten würden. Er wehre sich gegen die Auffassung, daß dieser Eid nur ein Zwangsband sei. (Lärm bei den Württembergern.) Die Reichsregierung treibe eine ausgesprochene Friedenspolitik, aber sie kämpfe dafür, daß Deutschland nicht zum Kriegsschauplatz für fremde Mächte werde. Deshalb müsse die Wehrmacht so stark wie möglich sein, um unsere Neutralität zu wahren. In den Reichswerken in Kiel wolle man keine Arbeiterentlassungen vornehmen, es hätten dort nur Verschleibungen stattgefunden. Der Bestand der Werften in Wilhelmshaven und Kiel sei jetzt so festgelegt, daß mit einer dauernden geregelten Beschäftigung gerechnet werden kann. Zu diesem Zwecke müsse der Reichstag aber auch die Mittel bewilligen, die zur Erneuerung der Marine im Rahmen des Vertrages von Versailles dienen sollen.

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge wird darauf der Marineetat angenommen.

Es folgt die Beratung eines von der kommunistischen Fraktion eingebrachten Antrages, der von der Reichsregierung

Mahnahmen gegen die Sabotage des Volkswirtschafts verlangt. — Abg. Weh (Komm.), der den Antrag begründet, zeigt auf Grund des in der sozialdemokratischen Presse veröffentlichten Materials, wie notwendig derartige Mahnahmen sind.

Reichsinnenminister Küg

wendet sich gegen die Behauptung, daß der Rundfunk parteiisch zum Volksbegehren Stellung genommen habe. In Streitfragen zwischen den Parteien müsse sich der Minister nicht ein, er könne ebenso wenig gegen den Land und etwas unternehmen, wie er sich gegen die kommunistische Partei in ähnlichem Falle wenden würde. Da das Volksbegehren ein verfassungsmäßiger Akt sei, so müsse von allen Beamten gefordert werden, daß dieser Akt respektiert werde. Die Regierung habe alle notwendigen Mahnahmen zur Sicherung des Volksbegehrens getroffen. — Sie habe erst-Richtlinien herausgegeben und als Klagen über Sabotage laut wurden, sofort in einer Preisentscheidung Stellung genommen. Nach der Ausschussdebatte über diese Frage sei ein Runddilemma an alle Länderregierungen herausgegangen. Es wäre pflichtwidrig, wenn irgendeine Behörde dieser verfassungsmäßigen Handlung Widerstand leisten würde.

Abg. Crippien (Soz.):

Es handelt sich nicht darum, daß bestimmte politische Verbände Agitation getrieben, sondern daß der Landbund zu Unrecht die Volkswirtschaften aufgeföhrt hat. In der Hauptsache stehen die Deutschnationalen a la n hinter diesem Treiben. Heute erst haben sie verhindert, daß dieser Antrag zu Beginn der Sitzung verhandelt würde, trotzdem doch alles vermieden werden müßte, was geeignet sein könnte, um die Durchführung des Volksbegehrens zu behindern. Sie haben das getan, um diejenigen zu decken, die solche Wirtschaftskrisen begehen. Der Redner zählt eine Reihe von Fällen auf, worin zur Sabotage des Volksbegehrens Aufgereizt und von Gemeindevorsteher Pflichtwidrigkeiten begangen werden. Es zeugt von der ganzen Verlogenheit der deutschnationalen Agitation, daß sie Leute, die mit derartigen Mitteln arbeiten, nicht aus ihren Reihen entfernen. Der Verband der preussischen Landgemeinden hat ein Rundschreiben verfaßt, in dem geraten wird, die Zeichnungsschlitten in den Papierkorb zu werfen. (Hört! hört! bei den Soz.) An der Spitze dieses Verbandes steht der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Gerike, der Staatswissenschaftler studiert hat und gegenwärtig als Dozent für Staats- und Verwaltungsrecht an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin tätig ist. Wenn Ihre Vorträge (zu dem Abg. Gerike) von demselben Kaliber sind wie dieses Rundschreiben, dann bedauere ich die Hörer, die ihr Geld dafür hergeben. Ein Gutsvorsteher hat uns geschrieben, er leiste Raub- und Diebstahl seinen Dorfs. (Bravo rechts.) Von links wird gerufen: Ihr seid die Räuber! (Der Redner erhält einen Ordnungsruf!) Auch zahlreiche Magistratsverleumdungen des Volksbegehrens Schwierigkeiten. Bei den D.S., eine Stadt mit 80 000 Einwohnern, hat nur ein Einzeichnungslokal. Täglich läuft eine Fülle von immer neuen Beschwerden bei uns ein. Die meisten sind darauf zurückzuführen, daß wir überall noch deutschnationale Beamte haben, die ihre Parteinteressen nicht zurückstellen können hinter ihre Pflichten als Beamte. Wir erwarten, daß die Reichsregierung sehr mit größter Energie dafür sorgt, daß das Volksbegehren ungehindert von pflichtwidrigen Beamten durchgeführt wird. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Freitag-Doringhoven (Dnt.): Wenn Ortsvorsteher den Vorarbeiten zum Volksbegehren nicht auslösen, so sei ein disziplinarisches Verfahren gegen sie nicht zu vermeiden, aber es sei doch bezeichnend, daß diese einsamen Männer aus dem Volke dem Volksbegehren widerstreben, weil ihr gesundes Rechtsgesühl sich gegen die Enteignung der Fürsten aufbäumt. (Beifall rechts.)

Abg. Rube (Dnt.) erklärt, seine Freunde seien Gegner der Weimarer Verfassung und des Volkswirtschafts.

Abg. Crippien (Soz.) bringt einen Antrag ein, in dem die Reichsregierung ersucht wird, ungehindert alle Mahnahmen zu treffen, um jeden Versuch einer Verhinderung der Durchführung des Volkswirtschafts zu unterbinden und zu ahnden.

In einer persönlichen Bemerkung erklärt Abg. Gerike (Dnt.), daß nicht der Verband der preussischen Landgemeinden, sondern nur eine Gruppe das erwähnte Rundschreiben verfaßt habe, diese sei auch sofort über die rechtlichen Zusammenhänge aufgeklärt worden.

Nachdem die Kommunisten ihren Antrag zurückgezogen haben, wird der sozialdemokratische Antrag gegen die Deutschnationalen und Württembergern angenommen.

Um 6 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Montag, den 8. März, mittags 1 Uhr: 2. Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums, verbunden mit dem Gesetz über Steuerumänderungen und mit dem von der Sozialdemokratie eingebrachten Gesetzentwurf über eine Änderung des Finanzangebots.

Mißglimmter Reinwaschungsversuch.

Der zweite politische Verleumdungsprozeß, der auf Antrag der thüringischen Regierung gegen den verantwortlichen Schriftleiter unseres Jenaer Parteiorgans wegen Verleumdung der Staatsanwaltschaft in Weimar angestrengt worden war, endete am Donnerstag mit einer schweren Niederlage der Regierung. „Das Volk“ hatte im vergangenen Jahre vor dem Verleumdungsprozeß gegen den früheren Staatsbankpräsidenten Genossen Loeb auf unerlaubte Beziehungen zwischen der weimariischen Anklagebehörde und der bürgerlichen Presse hingewiesen. Auf Grund dieser Beziehungen war die Rechtspreffe fortgesetzt in der Lage, aus dem schwebenden Verfahren gegen führende Sozialdemokraten Einzelheiten mitzuteilen zu dem Zweck, die öffentliche Meinung gegen die Sozialdemokratie zu beeinflussen. Daran hatte „Das Volk“ eine heftige Kritik geknüpft.

In der Hauptverhandlung wurde festgestellt, daß der thüringische Finanzminister Klüßner in zwei Fällen aus einem schwebenden Verfahren gegen Loeb einmal ein für Loeb belastendes, später aber widerlegtes Gutachten eines Sachverständigen und das andere Mal einen Einstellungsbescheid der Rechtspreffe zur politischen Auswertung gegen Loeb zugesandt hatte. Ein Staatsanwaltschaftsrat hatte ferner dem Vertreter eines Rechtsabstattes bestimmte Angaben über die seinerzeit bei Loeb beschlagnahmten Akten gemacht. Nachdem auch noch verschiedene andere Fälle, die eine einseitige und bestimmt politisch orientierte Unterdrückung der Rechtspreffe durch die Anklagebehörde in Weimar erhellte, festgestellt worden waren, erkannte das Gericht auf kostenlose Freisprechung des Genannten Deering, weil er trotz seiner scharfen Kritik in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Die Mohrenwäsche war also vergeblich; der Mohr bleibt schwarz.

Der Prozeß Stöbel.

Am dritten Verhandlungstage im Prozeß Stöbel mußte der Bureaubeamte Bade zugeben, daß er und die anderen Befolgungszeugen während der Dienststunden Notizen über das Verhalten des Landeshauptmanns Stöbel gemacht haben. Auf diese Art sind im Laufe der Zeit die diesen Aktenbände zusammengelassen, die die Zeugen bei ihren Aussagen benutzten. Auch die Freitagssperre wurde dreizehmal wieder um die Freisparteiarten, die unabhängige Magistrate und die Spesen in der Inflationszeit. Ueber diese Fragen wurden der frühere Ministerpräsident Genosse Dr. Jasper und einige Regierungsbeamte vernommen, aus deren Aussagen hervorging, daß Genosse Stöbel sich zur Benutzung der 2 Wagenklasse berechtigt gefühlt habe. Ein Beamter des Landes-Schulamts, der über die Bücherentnahme und über die Telefongespräche ausfragte, entfaltete Stöbel ebenfalls. Es sei üblich gewesen, daß im Landeschulamt tätige Personen ohne irgendwelche Eintragung Bücher entnehmen konnten. Stöbel will man aber daraus einen Strich ziehen. Die Telefongespräche mit den beiden Theatern haben sich auf Schülerverrichtungen bezogen. Ein anderer Zeuge bestätigte, daß Stöbel auch Privatgespräche eintragen ließ. Am Schluß der Freilagung gab es eine Ueberziehung. Der Vorsitzende fragte den Staatsanwalt, ob er nicht wegen des von Stöbel angeblich zu Unrecht erhobenen Zuschlags von 300 Prozent zu Reisekosten im Jahre 1923 Einstellung des Verfahrens beantragen wolle. Der Staatsanwalt lehnte das zunächst ab; erst nachdem auch die Verteidigung ihr Einverständnis mit der Anlegung des Vorliegenden gegeben hatte, stellte der Staatsanwalt den entsprechenden Antrag, dem ein Gerichtsbescheid sofort stattgab.

Mißerfolg Polens in London.

London, 6. März. Wie der Vertreter der Telegraphen-Union von gutunterrichteter Seite hört, sind die Bemühungen der polnischen Regierung, einen Kredit in London durch Vermittlung der Bank von England und amerikanischen Finanzkreisen zu erhalten, gescheitert. Polen hat keinerlei Aussichten, einen größeren Kredit zum Zwecke der Sanierung seiner Staatsfinanzen auf dem Londoner oder amerikanischen Geldmarkt zu erhalten. Ausgenommen davon ist die Möglichkeit, daß Polen vielleicht kleinere Privatkredite erhalten könnte, die jedoch kaum ausreichen werden, um das polnische Geldbedürfnis zu befriedigen.

DE. Warschau, 6. März.

Wie die Rzeczpospolita meldet, haben die bis zum 8. März befristeten Verhandlungen mit dem Bankers Trust über die amerikanische Anleihe, die mit der Verpackung des Tabakmonopols verbunden werden sollte, bisher zu keinem Ergebnis geführt. Selbst die vorbereitende Angelegenheit, die Regelung der Rechtsbeziehungen zu der Banca Commerciale, die eine Hypothek auf das polnische Tabakmonopol für die im Jahre 1924 gewährte italienische Anleihe besitzt, bleibt demselben Blatt zufolge bis heute noch unerledigt. Verhandlungen, die der ehemalige polnische Handelsminister Karoner hierüber, sowie über eine durch die Banca Italiana zu vermittelnde neue Anleihe in Höhe von 10 Millionen Dollar in Mailand führt, konnten bisher noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Angesichts dieser Sachlage werde die Option für den Bankers Trust verlängert werden auf eine Frist, die noch nicht feststeht.

Diffensive der Jengarmee.

W. Peking, 6. März. Einer Mitteilung des Hauptquartiers der Nationalarmee (Kuomintang) zufolge hat General Putschung in die Offensive gegen die Streitkräfte des mit Tschangschin verbundenen Generals Putschung heute morgen um 5 Uhr bei Matsiang, in der Nähe von Tientsin eröffnet. Das Hauptquartier der Kuomintang berichtet über einen ersten Erfolg.

Der Vater des reaktionären Reichsschulgesetzentwurfs abgelehnt. Einer demokratischen Zeitungskorrespondenz zufolge scheitert der Regierungsrat Ulrich, der Verfasser des berüchtigten schiefen Reichsschulgesetzentwurfs, aus dem Reichsministerium des Innern aus und tritt in die preussische Verwaltung zurück.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Georg Fuchs, Leipzig.
Verantwortlich für den Interaktentell: Hugo Seyppan in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei, Antikenselbstverlag, Leipzig.

Premier
Schokolade
EIN HOCHGENUSS
PREMIER-WERKE, SCHWARZE & RÖDER, LEIPZIG

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Kaiserliche Garderobe.

Aus den Entwürfen einer englischen Hofdame.

Alle Tische, Konsolen und Kommoden des kaiserlichen Zimmers sind Zeugnisse seiner Eitelkeit, sich photographieren zu lassen; alle sind kunstvoll mit Photographien bedeckt, die Seine Majestät in jedem erdenklichen Kostüm zeigen — im Wanders, auf dem Paradeplatze, auf der Jagd, beim Segeln oder beim Einzug in eine Stadt oder in ein Dorf unter den Zurufen der patriotisch gestimmten Bevölkerung.

Ein Hüft, wie der Kaiser, der Uniformen für jedes der dreihundert und mehr der preussischen Regimenter besitzt, Kavallerie, Infanterie und Artillerie, aus denen, welche zu den bayrischen, württembergischen und sächsischen Kontingenten gehören, nicht zu vergessen, die österreichische, englische, russische, rumänische, spanische, türkische und schwedische Armeen, welche seinen Namen als Oberst, General oder Feldmarschall führen, braucht selbstverständlich große Räume für seine vielartigen, qualitativen und goldgestickten Schätze und, damit sie schön erhalten bleiben, braucht man nicht erst zu erwähnen, daß sie mit peinlicher Sorgfalt aufbewahrt werden.

Der Raum verbietet eine genaue Beschreibung der interessantesten Sammlung, die übrigens niemals vollständig sein kann, da der europäische Militärminister, der sich jährlich von 7 Millionen Männern ernährt, sich noch mehr redt. Neue Typen von Uniformen und Waffen werden fortwährend erfunden und hinzugefügt.

Alle das zahllose und teure Zubehör: Abzeichen, Schärpen, Seitengewehre, Mützen, Helme, Tschakos, Säbel, Kürasse, Quasten und Epauletts usw., die zur Gala gehören, müssen wie neu jederzeit zur Stelle sein. Begreift man nun, warum es dem Kaiser immer unmöglich sein wird, mit einem Einkommen von 16 Millionen Mark auszukommen? Wie haben sich die Zeiten für die preussischen Könige geändert!

Des Großen Friedrichs ganze Garderobe wurde „an einen Juden verkauft für dreihundert Taler“ und darunter waren der Mantel, die Hosen und die Stiefel, die er bei Rossbach trug.

Als, um auf unsere Periode zurückzukommen, der verstorbene Wilhelm I sich in der Uniform der Gardebataillon photographieren lassen wollte, mußte einer seiner Offiziere ihm einen Kürschler schicken, da seine Majestät die Ausgabe nicht machen wollte. Und diese Monarchen gewannen mehr Schlachten, als der jetzige Kaiser Preise bei Wettrennen gewonnen oder gestiftet hat.

Wie dasagete eine Frage auf Mannschaft auf seine Kosten rüstete, um der jungen amerikanischen Republik zu helfen, so konnte Wilhelm die Offiziere eines Schlachtfeldes erster Klasse oder von zehn Armeekorps aus seiner Garderobe ausstatten, ohne sie zu erschöpfen. Er hat, aus dem oben angeführten, Dutzende von verdienstvollen Sportoffizieren, zahllose Uniformen von Jagdclubs in Deutschland und England, und zuletzt eine überaus schöne Sammlung von Zivilanzügen mit den dazugehörigen Hüten, Handschuhen, Krautwatten, Spazierstöcken, Stiefeln, Krawattennadeln, welche für jeden Anzug besonders ausgewählt sind. Über der Ueberflus von Kleidern ist weit davon entfernt, den jungen Größenwahnsinnigen zu befriedigen; im Gegenteil, er hat die „Olla podrida“ der Eitelkeit durch eine neue sogenannte „Jagduniform“ bereichert, welche hübsch im Schnitt und Farbe ist und die bei Gelegenheit wie ein Zeichen besonderer Gunst irgendeinem vielbedeutendem Edelmann zu verstehen wird.

Des Kaisers ausländische Uniformen füllten 1895 allein riesige Räume. Danach kann man sich einen Begriff machen von der Zahl der übrigen. Im Neuen Palais werden nur solche Uniformen aufbewahrt, die immer gebraucht werden, und diese füllen einen großen Saal, der durch Filigianen von dem Ankleidezimmer getrennt ist.

Ein Kammerdiener hat dort Dienst, vom Morgen bis zum Abend, so daß der Kaiser imstande ist, seine Uniformen so rasch wie seine Ansichten zu wechseln. *)

*) Mit Erlaubnis des Verlages Gustav Ziemsen, Berlin.

Dr. Haub — der Autographen-Fetischist — und sein Freund Hohenlocher.

RR. „Es ist schon alles einmal dagewesen,“ meinte der alte Ven Aliba und . . . hatte unrecht. Das „Einmalige“ muß aber für die Gegenwart und die Zukunft in der Erscheinungen Frucht festgehalten werden.

Der Privatgelehrte und Autographensammler Dr. Karl Haub ist schon ein Unikum — einmalig ist deshalb auch sein Kriminalfall, von dem hier die Rede sein soll.

Dr. Haub war angeklagt, aus dem Haus, Hof- und Staatsarchiv in Wien und aus dem Hohenlocherarchiv in Charlottenburg Hunderte von Archivalien, d. h. alten Urkunden, entwendet zu haben; sein homosexueller Freund Karl Hohenlocher, ein Nachkomme der einst regierenden Fürsten Hohenlocher-Bechingen, der Heherer. Das Gericht erster Instanz hatte Dr. Haub zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt, seinen Freund freigesprochen. Das Urteil zweiter Instanz, das auf Grund der beiderseitigen Berufung zustande gekommen ist, lautete auf 2 1/2 Jahre Gefängnis für jeden der beiden. Der Staatsanwalt hatte für den Angeklagten Hohenlocher 2 Jahre Zuchthaus wegen gewerbsmäßiger Schelerei beantragt. Beide Freunde, der 58-jährige Dr. Haub und der 66-jährige Hohenlocher, wurden in Haft genommen.

Was ist nun an der Sache Besonderes? Ein Gelehrter, Sohn eines Justizrats, wird Opfer seines Sammeltriebes und entwendet einige Hundert — im ganzen etwa 1600 — Autographen, von denen er mehrere in den Handel bringt. Zugegeben, daß ein Gelehrter so hemmungslos noch nie geflohen hat. Aber es ist auch selten einem Wissenschaftler in einem Museum so frei zu schalten und zu walten gestattet worden, wie es in diesem Fall, unter Ignorierung der gesamten Hausordnung, geschehen ist.

Hören wir aber, was Dr. Magnus Hirschfeld und Dr. Dorenfurth als medizinische Sachverständige zum Falle Haub zu sagen haben. Die Anwesenheit Dr. Magnus Hirschfelds im Gerichtssaal weist ohne weiteres auf sexuelle Hintergründe der zur Last gelegten Handlungen hin. Und das ist eben das ganz Eigenartige des Falles.

Der 15-jährige Gymnasiast Karl Haub empfindet eigentümliche sexuelle Regungen beim Anblick der Unterschrift des russischen Fürsten Gortschakow. Mit eigentümlichen Lustgefühlen und neidischen Empfindungen schaut er zu, wie sein Vater, der Justizrat, abends unter die vielen Schriftstücke seine Unterschrift setzt. Ein Knabe noch, drängt es ihn unwiderstehlich nachts zum Friedhof, er überklettert die Mauer, luftwandelt zwischen den Gräbern, nimmt Totenknochen und Stücke von Totengewändern mit und genießt dabei dieselben Lustgefühle wie beim Anblick der Unterschrift Gortschakows. Eigentümlich! Man es aber nicht auch eigentümlich, daß seine Mutter eine besondere Vorliebe für Schmuckstücke verlorbener Fürstlichkeiten hatte? Der Justizrat mußte ihr die Perlenkette der Königin Eugenie kaufen.

Auf den Jungen übt Mobergeruch einen eigenartigen Reiz aus; am liebsten luftbetont sind aber die Autogramme. So wird er leidenschaftlicher Sammler; er fahndet nach allen bekannten Männern seiner Vaterstadt Köln — erhält Autogramme und Photographien. Studiert dann Philosophie und Philologie und arbeitet nach Beendigung seines Studiums im Archiv in Karlsruhe. Man trägt ihm hier eine Antilope an — er schlägt sie aus; eine Antilope hat sich seiner bemächtigt; wenn er so dasah, umgeben von den alten Dokumenten mit ihren eigenartigen Unterschriften, wenn er so stundenlang sich in die Handschrift irgendeines berühmten Mannes, Friedrich des Großen, Eduard des VII.

u. a. m. vertieft, sie selbstlich vor sich erstehen sah, so übermannten ihn Lustempfindungen, die sich bis zum Höhepunkte steigerten, bis zur vollkommenen Auslösung — und es trieb ihn unbezwingbar, die Archivalien mitzunehmen. Noch konnte er sich beherrschen. Er wollte nicht zum Diebe werden. Er ging nach München. Arbeitete an der Geschichte der Pfalz. Beschloß das Archiv und — entwendete Dokumente. Etwas mußte man gemerkt haben, es wurde ihm die Weiterarbeit verwehrt; er gelobte sich, nie mehr ein Archiv zu betreten. Sein Sexualleben irrte weiter auf abseitigen Wegen. Er verfaßte selbst Texte im Namen irgendeiner historischen Persönlichkeit; wenn er dann unter das Dokument die Unterschrift setzte — da kam die Entspannung! Die Unterschrift war für ihn zum Fetisch geworden, zum Sexualobjekt, zum Gegenstand der Leidenschaft, zur alleinigen Quelle der Lust.

Im Jahre 1910 lernte er in einem homosexuellen Kaffee Karl Hohenlocher kennen. Der war damals 19-jährig. War nach Berlin gekommen aus Wien, um hier Beschäftigung zu suchen. Dr. Haub, der einsame, allein in seiner Autographenliebe sich auslebende Mann, nahm den jungen Menschen zu sich, gewann ihn lieb — ein Jahr lang erlebte er ihm selbstlich die Autographen — dann wurde die Freundschaft rein geistiger Natur — das behaupten beide. Seitdem waren sie unzertrennlich. Hohenlocher wurde Dr. Haubs Gehilfe, er entwickelte sich zum Fachmann in der Autographenwissenschaft, bearbeitete Kataloge, schrieb Artikel und trieb Autographenhandel für seinen Freund und für sich. Der Krieg trennte sie für drei Jahre. Hohenlocher kam in Gefangenschaft nach Italien. Dr. Haub erlitt einen Herzversagenbruch, ging nach Wien, arbeitete hier im Archiv und — vertiefte seiner Sammel-leidenschaft hemmungslos — etwa 400 Archivalien schaffte er fort. Als sein Freund im Jahre 1919 aus Italien heimkehrte, wurden die österreichischen Archivalien in ein Bankfale gebracht, das auf den Namen Hohenlocher lautete — man durfte nichts über die Grenze führen — sagte Dr. Haub — und beide gingen nach Berlin. Hier fand der Privatgelehrte im Jahre 1920 Eingang in das Charlottenburger Archiv. Stöße von Archivalien umgaben ihn, er erhielt Zutritt zu Abteilungen, deren Schätze noch nicht registriert waren, und schöpfte mit vollen Händen. Seine Besißhüter kannte nun keine Grenzen mehr — bis eines Tages Verdacht geschöpft und Anzeige erstattet wurde. Man fand bei ihm zu Hause einen Koffer und drei Körbe mit Archivalien und entdeckte auch einen Safe in einer Berliner Bank. Verschleudert von den entwendeten Stücken waren in den Handel gebracht. Hohenlocher erlärte, von den Entwendungen seines Freundes nichts geahnt zu haben. Nur um seinen Fetischismus wollte er gewußt haben. Die erste Instanz hatte ihm geglaubt, die zweite hat ihn verurteilt.

Der Fall des Dr. Haub steht einzig da — das behaupteten die Sachverständigen. Sie konstatierten eine psychopathische Konstitution, bekämpften den eigen- und einseitigen Fetischismus, setzten aber den unwiderstehlichen Zwang, auf den sich Dr. Haub berief, in Zweifel. § 51 kam nicht in Betracht.

Dr. Haubs pubertätsbetonter Fetischismus war das Primäre. Seine Sammelleidenschaft das Sekundäre. Das Gewinnstrebliche als solches schloß ihm — der Verkauf der Archivalien, der ihm am meisten zur Last gelegt wurde, ist im Gesamtbilde seiner Persönlichkeit nur von nebensächlicher Bedeutung. Ein außergewöhnlicher Kriminalfall . . .

Sächsische Angelegenheiten.

Kann das Brot verbilligt werden?

Zwei Städte schießen den Beweis, daß durch Beteiligung der Gemeinden bei der Brotherstellung und Verteilung das Brot wesentlich unter dem von den Bäckerinnungen und Brotfabriken festgesetzten Preisen abgegeben werden kann. In dem einen Ort betragen die Herstellungskosten eines Bierbrotbrotes, hergestellt aus Mehl zu 60 Prozent ausgemahlen nur 40 Pfg. Der Verkaufspreis ist auf 45 Pfg. festgesetzt. Die 5 Pfg. über den Herstellungspreis dienen als Ausgleich zu dem Zweck, bei Roggenpreissteigerung nicht gleich eine Preissteigerung folgen zu lassen. Der jetzt erzielte Ueberschuß wird zugunsten minderbemittelter Kreise angesammelt. Die Bäckerinnung in jener Stadt hat den Brotpreis auf 60 Pfg. festgesetzt. Die Stadt kauft selbst Roggen in großen Mengen ein, liefert den Roggen an die Bäckermeister und erhält für je 5 Pfund Roggen ein Bierbrot, hergestellt aus Mehl zu 60 Prozent ausgemahlen. Da gegenwärtig nach den Notierungen an der Dresdner Produktbörse das Pfund Roggen 7 1/2 Pfg. kostet, ist der Geldwert 37 1/2 Pfg. Der Bäcker gibt das Brot gegen einen von der Stadt ausgestellten Gutschein an den Kunden ab.

Die andre Stadt kauft ebenfalls den benötigten Roggen selbst ein und läßt ihn zu Mehl verarbeiten. Sie zahlt für den Zentner Roggen 1.10 Mk. Mahlohn und hat als Ausbeute: Roggenmehl 60 Pfd., Rahmehl 7 Pfd., Kleie 28 Pfd., Verlust 5 Pfd.

Bei 70prozentiger Ausmahlung: Mehl 40 Pfd., Kleie 25 Pfd., Verlust 5 Pfd. Der Müller liefert das Mehl frei Bäckerhaus. Die Rechnung ergibt folgendes Resultat: 100 Pfd. Roggen 7.50 Mk., Mahlohn 1.10 Mk. = 8.60 Mk.

Ergebnis: 7 Pfd. Rahmehl, 52 Pfd., 28 Pfd. Kleie (à 5 1/2 Pfg.) 1.47 Mk., 60 Pfd. Mehl (à 11 Pfg.) 6.60 Mk., zusammen 8.60 Mk. 100 Pfd. Roggenmehl zu 60 Prozent ausgemahlen kosten also 11 Mk. Da die Produktbörse dieses Mehl mit 13.10 Mk. notiert, sind schon hier 2.10 Mk. erspart.

Aus 150 Pfd. Mehl werden 60 Bierbrotbrote hergestellt. Die Bäckerinnung liefert für 150 Pfd. Mehl 43 Brote, die 7 Brote, die zu den 50 Stück fehlen, werden als Backlohn berechnet.

Es ergibt sich nun wieder die nachstehende Rechnung: 1 Zentner Mehl zu 60 Prozent ausgemahlen 11 Mk., 150 Pfd. sind danach 16.50 Mk. 16.50 Mk. : 43 = 38 Pfg., also Selbstkostenpreis für ein Bierbrot 38 Pfg., bei Mehl zu 70 Prozent ausgemahlen nur 37 Pfg. Die Bäckerinnung in jener Stadt hat den Preis für ein Bierbrot, hergestellt aus Mehl zu 60 Prozent ausgemahlen, auf 44 Pfg. festgesetzt.

Zwei Stellen werden sich sehr eingehend mit den oben gegebenen Beispielen zu beschäftigen haben. Die Preisprüfungsstellen werden feststellen müssen, wie es kommt, daß ein Bierbrot, hergestellt im rein privatwirtschaftlichen Bäckerbetrieb, 20.24 Pfg. mehr kostet, wie das Bierbrot, das in demselben Betrieb aus von der Gemeinde geliefertem Roggen oder Mehl hergestellt wird. Weiter wie es kommt, daß der Backlohn für die Verarbeitung von 150 Pfd. Mehl zu Brot beim Gemeindeauftrag nur höchstens 4.48 Mark beträgt, während die Bäckerinnung dafür etwa 10 Mk. einsetzt. Es scheint doch, als ob die von den Bäckerinnungen festgesetzten Brotpreise viel zu hoch sind, der Gewinn also unangemessen hoch ist.

Für die Gemeindevorsteher in großen und kleinen Orten ergibt sich die Notwendigkeit, ernsthaft zu prüfen, ob nicht auch in ihren Orten die oben bezeichneten Maßnahmen zur Brotverbilligung

zunächst einmal für die notleidenden Schichten der Bevölkerung zu ergreifen sind. Die Gemeinden, die so arbeiten, verdienen sich sicher den Dank der Minderbemittelten.

Reichswehr und Republikaner.

RR. Wie ein Stück aus dem Einmarsche der Reichswehr in Sachsen 1923 muten die Tatsachen an, die vor der großen Strafkammer des Landesgerichts Bautzen zur Verhandlung standen. Angeklagt war der Lehrer Martin in Lautitz wegen angeblicher Beleidigung der Reichswehr. Er sollte am 3. September 1924 Quartiermählern zugerufen haben: „Na, ihr werdet ja hier nicht lange leben!“ Zwei Verhandlungen in Löbau in erster Instanz hatten mit einem Freispruch geendet. Dagegen wurde vom Staatsanwalt Berufung eingelegt.

Von weitestgehendem Interesse ist die Anklageschrift der Reichswehr. Am 3. September 1924 befand sich der Leutnant Bischoff mit zwei Untergebenen in der Nähe von Lautitz. Als sie einen Radfahrer nach Auskunft fragten, erhielten sie die Antwort: „Na, ihr werdet ja hier nicht lange leben!“ Schulkinder sollen als den Radfahrer den Lehrer Martin bezeichnet haben. Ebenso hat der Gemeindevorsteher Viehse von Altmannsdorf auf Personalbeschreibung hin diese Auskunft erteilt. Einige Tage später suchte Leutnant Bischoff den „Schullehrer Martin“ im Schulhause auf und fragte ihn, ob er der betreffende Radfahrer gewesen sei. Martin bestritt das. Leutnant Bischoff und ein Unterfeldwebel wollten aber bestimmt Martin als den Radfahrer wiedererkannt haben.

Die Hauptverhandlung ergab, daß Martin sein vollständiges Alibi nachweisen konnte. Vier Personen sagten unter Eid aus, daß sie Martin in der fraglichen Zeit gesehen und gesprochen haben. Die beiden Belastungszeugen vermochten in der Verhandlung nicht mehr mit Bestimmtheit die Identität zwischen dem Radfahrer und dem Angeklagten festzustellen!

Der Verteidiger wies auf erhebliche Widersprüche in den Zeugenaussagen hin. Der Staatsanwalt vermochte in seinem Plädoyer nach dieser Lage keinen bestimmten Antrag zu stellen; er stellte die Schuldfrage in das Ermessen des Gerichts, das folgendes Urteil fällte:

Die Berufung der Staatsanwaltschaft wird verworfen. Die Kosten werden der Staatskasse auferlegt, die Auslagen des Angeklagten können jedoch nicht übernommen (!) werden. Der Verdacht gegen den Angeklagten sei nicht beseitigt (?), obwohl es möglich (!) sei, daß ein Verdictum vorliege.

Dieser eigenartige Rechtspruch ist unverständlich. In seiner Verteidigungsrede zeigte Rechtsanwalt Dr. Schuster, daß der ganze Prozeß politisch aufgeblasen worden ist und daß die Reichswehr hier Instrument einer reaktionären Kreise darstellt, die seit Jahren eine Hege gegen Martin betreiben und ihn entfernen wollen. Martin hat in den letzten Jahren unter großen Schwierigkeiten gearbeitet. Mehrere gegen sich selbst beantragte Disziplinarverfahren wurden zu seinen Gunsten erledigt. In der Eingabe des Leutnants Bischoff wird dargelegt: Martin gelte unter der Bevölkerung als „Kommunist“. Der Leutnant spricht sein Befremden (!) aus, daß „so ein Mann Kinder unterrichte.“ Von der Gemeinde sei alles unternommen worden, den Betroffenen zu entfernen. Ferner wird erwähnt, daß man „ungünstige Äußerungen über Lehrer Martin“ eingelesen habe. Man erwähnt sie auch, weil alle Versuche der Gemeinde, sich von dem ihr unliebsamen Lehrer zu befreien, ergebnislos verlaufen sind und Herr Martin ein Terror auf die Gemeinde auszuüben scheint, der sie derart einschüchtert, daß Kinder und Eltern nicht den Mut finden, gegen Martin mit Beweismitteln vorzugehen.“ Und der Regimentsführer Bod n. Büßlingen in Dresden gibt den Bericht weiter mit dem Bemerkten, „die Angelegenheit deshalb zur Sprache bringen zu müssen, damit gegen den die Schuljugend in verkehrendem Sinne beeinflussenden Lehrer behördlicherseits eingeschritten werden kann.“ (!) Das Volksbildungsministerium führte selbstverständlich auch sofort ein Disziplinarverfahren durch, dessen umfangreiche Erhebungen feststellten, daß an allen Verfehlungen, die Martin zur Last gelegt wurden, kein wahres Wort war. Das Bezirkskommando stellte daraufhin Strafantrag gegen Unbekannt wegen Beleidigung des Lehrers Martin. Die Reichswehrkommandantur hielt ihrerseits den Strafantrag aufrecht. Das Ende des Rechtsstreites bildete der eigenartige Freispruch. „Unbekannt“ wurde selbstverständlich nicht ermittelt!

Martin ist körperlich und seelisch vollkommen zusammengebrochen.

Der Prozeß zeigt grell die Gefahren, die dem republikanischen Beamten von der Reaktion drohen. Nicht immer ist es möglich, sich von anderen seine Unschuld bezugen zu lassen. Die Tatsachen dieses Prozesses hinterlassen bei jedem ehrlichen Menschen aufs neue das Gefühl einer schlimmen Rechtsunsicherheit!

Deutschnationaler Parteifrag in Dresden.

Großes Aufsehen erregt in politischen Kreisen der Ausschluß des Dresdner Rechtsanwalts Hans Kohnmann aus der Deutschnationalen Partei. Es war bereits seit längerer Zeit bekannt, daß Kohnmann, der innerhalb der sächsischen Deutschnationalen Partei eine führende Rolle spielte, Differenzen mit seiner Parteileitung hatte. Das zeigte sich vor der Öffentlichkeit erstmalig bei der Wahl des Stadtverordnetenvorsitzenden in Dresden im Januar d. J. Kohnmann, der im vorigen Jahre das Amt innehatte, wurde von seinen Parteifreunden nicht wieder vorgeschlagen und ließ sich daraufhin von den Stadtverordentengeschäften vier Wochen beurlauben. Im Gegensatz zur deutschnationalen Fraktion stimmte Kohnmann in der letzten Stadtverordnetenversammlung anlässlich der Beratung der Geschäftsordnung, die zu schweren Differenzen zwischen proletarischen und bürgerlichen Vertretern führten, für einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Vertagung der Stadtverordnetenversammlung, um durch Ausnahme neuer Verhandlungen zwischen den einzelnen Fraktionen die ordnungsgemäße Durchführung der kommunalen Geschäfte zu gewährleisten. Dieses Verhalten scheint dazu geführt zu haben, namentlich den Ausschluß wegen „Unwürdigkeit“ zu beschleunigen. Die deutschnationalen Dresdner Nachrichten geben als Grund Meinungsverschiedenheiten, die bereits seit einigen Monaten spielen“, an. Rechtsanwalt Kohnmann, der nahezu 25 Jahre dem Dresdner Stadtverordnetenkollegium angehört, ist neben seiner politischen Tätigkeit in letzter Zeit bekannt geworden als Verteidiger der Standesherren, die bei der Aufklärung von Toller's „Sinkemann“ im Staatlichen Schauspielhaus Mißgeschick ausführten.

Inzwischen haben die Hausbesitzervereine in Dresden, Chemnitz und Zwickau Kohnmann ihr Vertrauen ausgesprochen.

Chiemg. Todesprung in der Badeanstalt. Ein 13-jähriger Schüler schlug im Hedwigsbad beim Springen auf den Boden des Bassins auf und erlitt an der Schläfe und Stirn schwere Verletzungen. Sein Nichtwiederaufstehen wurde erst später bemerkt. Schließlich sahen einige Schwimmer den Körper am Bassinboden liegen. Die sofort angeforderten Wiederbelebungsvorläufe blieben erfolglos.

Döbhu. Von einer einstürzenden Esse erschlagen. In einer Gärtnerei in Mästen fürzte bei einem heftigen Sturm die Esse eines Gewächshauses ein. Dabei wurde der Gärtner Friedrich so unglücklich getroffen, daß der Tod sofort eintrat.

Freital. Eine Katersteuer. Zum Schutze der Vögel und der Obstbäume (und um den Stadtkäse etwas zu füllen) soll in Freital eine Katensteuer eingeführt werden. Bei einem Satz von 12 und 18 Mk. soll die Stadt dadurch 100000 Mk. jährlich zu vereinnahmen.

Wirtschaft

Börse — Geldmarkt.

G.A.M. Die Kurse der von uns notierten Effekten hielten sich in der abgelaufenen Berichtswoch ohne größere Schwankungen auf ungefähr der gleichen Basis wie in der vorangegangenen Berichtswoch. Die Aktien wurden am Montag um einige Prozent unter dem vorhergehenden Kurs notiert, um dann im Verlaufe der Woche wieder auf die in der Vorwoche gehobene Höhe zu steigen. Belehnt wurden die Aktienwerte durch die starken Verkaufungen des Börsenpublikums an der Neuporzer Börse, die dort zu ganz wesentlichen Kursrückgängen geführt haben. Man befürchtete demzufolge auch stärkere Verkäufe an den deutschen Märkten. Es dürfte wohl richtig sein, wenn man die starken Kursrückgänge der Neuporzer Börse zurückführt auf das Nachlassen der Produktion und des Handels, das wiederum zurückgeführt werden kann auf eine allgemeine Überfälligkeit der Wirtschaft.

Die Leipziger Messe, die von uns wiederholt auf ihre tatsächliche Bedeutung für den augenblicklichen Stand der Wirtschaft zurückgeführt worden ist, drückte ebenfalls auf die Stimmung der Börse. Obwohl die Börsenkreise ihre Erwartungen auf eine Belebung des Geschäftes durch die Leipziger Messe reichlich herabgedrückt hatten, löste doch der laue Geschäftsgang auf der Leipziger Messe eine Enttäuschung aus, so daß das Börsengeschäft in Aktien sehr ruhig war.

Geldmarkt: Aufgemachte Gerüchte über die Freigabe deutscher Vermögenswerte in Amerika sowie die erneuten Meldungen zum Stand der Montantrustverhandlungen fanden an der Börse Beachtung und bewirkten eine geringe Befestigung des Börsengeschäftes. Hinzu kam, daß die Verteilung des Geldmarktes am Anfang der Berichtswoch einer stärkeren Flüssigkeit Platz machte und die Zinssätze sich senkten, so daß von dieser Seite aus sich ein belebender Einfluß auf das Börsengeschäft bemerkbar machte.

Von den Aktienwerten verzeichnet vor allen Dingen Elektrizität und Montanwerte, mit Ausnahme von Harpener, zu profitieren. Auch Kaliwerte waren am Ende der Woche besonders stark gefragt, währenddem Textilwerte eine nach unten neigende Tendenz aufwiesen.

Auf dem Markt der heimischen Renten hat die Nachfrage gleichfalls stark nachgelassen, ebenso war das Geschäft in den ausländischen Staatsanleihen überwiegend schwächer als in der Vorwoche.

Am Markt der amilich notierten Werte war es sehr still, mit Ausnahme von Aktien.

Die von uns notierten wichtigsten Aktienwerte wiesen folgende Kurse auf:

	1.3.	2.3.	3.3.	4.3.	5.3.	6.3.
Montanwerte	103.50	102.10	103.50	103.50	104.87	104.75
Harpener	85.00	84.87	85.25	86.50	87.50	87.25
Gelsenkirchen	79.12	77.75	77.62	78.00	79.12	78.87
Böhmitz	77.00	76.25	77.75	80.00	81.75	82.00
Rombacher	24.12	23.87	26.25	26.37	25.50	25.37
Maschinenwerte						
Berliner Maschinen	64.50	63.00	63.62	64.50	64.00	63.75
Schubert & Salzer	120.00	118.00	120.50	123.62	125.00	125.50
Elektrische Werte						
H. G.	88.75	87.87	88.87	89.75	92.37	94.50
Siemens & Halske	98.87	97.00	97.87	99.25	102.75	104.00
Schudert	79.75	77.75	77.50	81.50	84.75	84.37
Chemische Werte						
Farbindustrie	123.25	122.00	124.00	125.37	126.00	127.12
Kallwerte						
Weitereragel	117.00	115.25	115.50	120.50	122.62	122.25
Deutsche Kali	113.00	111.75	110.75	113.50	113.00	113.50
Kali Wickersleben	114.75	113.25	112.50	116.50	119.00	117.75
Textilwerte						
Südt	106.00	103.87	104.00	102.25	101.00	103.25
Hammern	83.75	82.75	81.00	81.50	80.25	79.50
Norddeutsche Wolle	90.00	88.00	87.00	85.00	86.00	85.75

Die Zinssätze am Geldmarkt waren in der vergangenen Woche folgende:

	Tagesgeld	Monatsgeld	Kurze Sicht	Privatdiskont
1. März	6 1/2 - 8	7 - 8 1/2	5	5
2. März	6 - 7	7 - 8	5	5
3. März	6 - 7 1/2	7 1/2 - 8 1/2	5	5
4. März	5 1/2 - 7	6 1/2 - 7 1/2	5	5
5. März	5 1/2 - 6 1/2	6 - 7	5	5
6. März	5 1/2 - 6 1/2	6 - 7	5	5

Glänzender Abschluß des Siemens-Konzerns.

Der Siemens-Konzern, das eine der beiden Riesengebilde der deutschen Elektro-Industrie, ist leinereit von Stinnes seinem Erbe eingegliedert worden. Er verband den Siemens-Konzern mit dem Montantrust der Rhein-Elbe-Union zur Siemens-Rhein-Elbe-Schudert-Union. Die Rhein-Elbe-Union ist jetzt ein Glied des neugebildeten westlichen Montantrusts geworden; die Interessengemeinschaft mit Siemens kann deshalb nicht mehr oder doch nicht in der bisherigen Form aufrechterhalten werden.

In einer Veröffentlichung des Siemens-Konzerns wird erklärt, daß der Gemeinschaftsvertrag durch die Einbringung des Rhein-Elbe-Union-Bestandes in die Vereinigten Stahlwerke undurchführbar wird. Eine Verteilung des Gesamtgewinns soll, falls der Montantrust endgültig zustande kommt, nicht mehr stattfinden.

Gleichzeitig legt die Verwaltung des Siemens-Konzerns die Ergebnisse ihrer Jahresabschluss vor, die später der Generalversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden sollen. Sie zeigen ein Bild, das geradezu glänzend genannt werden muß.

Die beiden Hauptgesellschaften des Konzerns sind die Siemens u. Halske A. G. und die Siemens-Schudert-Werke, G. m. b. H. Bei Siemens u. Halske hat sich der Rohgewinn gegenüber dem Vorjahre von 3,3 auf 9,8 Millionen Mark, also fast um das Dreifache, bei Siemens-Schudert von 1,5 auf 10 Millionen Mark, also gar um das Siebenfache erhöht. Der Reingewinn beträgt bei Siemens u. Halske 8,9 gegen 2,6 Millionen Mark, bei Siemens-Schudert 8,9 Millionen gegen 430 445 Mark im Vorjahre. Bei Siemens-Schudert ist also der Reingewinn auf das Zwanzigfache gestiegen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Konzern ein Vielfaches des bilanzmäßigen Reingewinns nicht in die Erzielung teilen läßt, sondern als stille Reserve verdeckt. Die Dividende ist bei beiden Gesellschaften auf 6 Prozent festgesetzt. Im Vorjahre ist gar keine Dividende ausgeschüttet worden.

Zusammenarbeit des amerikanischen und deutschen Kapitals in Rußland.

D. E. Berlin, 5. März. Der Vizepräsident der Harriman-Konzerngesellschaft in Tschikara Wanganese Co. Ltd., Ing. A. F. Kowitsch, hat bei seinem kürzlichen Aufenthalt in Berlin Harriman Bericht über den Stand der Arbeiten im Konzerngebiet erstattet, sowie mit deutschen Firmen Verhandlungen über die Lieferung von verschiedenem Material für die Konzession eingeleitet. U. a. wird mit dem Thyssen-Konzern über die Lieferung von Gebläsemaschinen verhandelt.

Internationales Schienenticket in Sicht.

SPD. Am 11. März wird in Paris eine Besprechung zwischen Vertretern der französischen, englischen, belgischen, luxemburgischen und deutschen Schienenerzeuger stattfinden. Die Engländer werden dabei auch die amerikanischen Industrie vertreten.

Ein Lohndruckmanöver?

Die Vereinigte Zuteilspinnerei und Weberei A. G. in Baugen hat beim Wirtschaftsministerium die Stilllegung des gesamten Betriebes für den 28. März angemeldet. Durch diese Betriebsstilllegung, deren Notwendigkeit durchaus noch nicht bewiesen ist, würden rund 950 Arbeiter und Angestellte brotlos werden.

Staatsgarantie für die Auslandskredite.

Zustimmung der Länderregierungen. In der gestrigen Reichsrats-Sitzung fanden Besprechungen über die Stellungnahme der Länder zu der Frage einer Garantieübernahme für Auslandskredite statt. Die Vertreter der Länder erklärten mit überwiegender Mehrheit die prinzipielle Zustimmung der Länderregierungen zu dem Plane der Reichsregierung. Die verbindende Erklärung für eine Garantübernahme der Länder wird nach Abschluß der zwischen dem Reich und den Banken schwebenden Verhandlungen von den einzelnen Länderregierungen selbst abgegeben werden.

Ämtlicher Berliner Schlachtwiehmärkte vom 6. März 1926

Auftrieb: Rinder 2747 (davon Bullen 610, Ochsen 848, Kühe u. Färlen 1289) Kalber 2500, Schafe 6145, Schweine 6552, Fiegen 23, Auslandsschweine —, Preise: Bullen: A. 47-50, B. 42-46, C. 38-40, D. —, Ochsen: A. 50-53, B. 44-48, C. 39-43, D. 32-36, Kühe u. Färlen: A. 46-50, B. 39-44, C. 30-38, D. 24-28, E. 20-22, Kalber: A. —, B. 70-78, C. 60-68, D. 45-55, E. 38-42, Schafe: A. 50-55, B. 40-48, C. 30-38, Schweine: A. —, B. 82-84, C. 80-88, D. 78-79, E. 74-77, F. —, G. —, Fiegen: 20-23, Fresser: 33-40, Sauen 74-77.

Leipziger Produktenbörse.

Produkte	6. März	5. März
Weizen, inländischer	236-246	236-246
Roggen, inländischer	145-158	145-155
Sommergerste inländische	190-210	190-210
Wintergerste	172-182	175-185
Haber inländischer	168-186	168-188
Hafer amerikanischer runder	198-195	190-200
Raps	321-351	320-350
Erbsen (inländische Viktoria)	240-252	240-265

Die Preise verstehen sich für 1000 Kilo netto für Ware, prompt Varietät freizufrei Leipzig in Reichsmark. Alle Notierungen des. u. Br.

Ueber das Volksbegehren

und die entschuldigungslose Entleignung der Fürsten spricht in

Öffentlicher Volksversammlung

Montag, den 8. März, abends 7/8 Uhr:

Mochau: Neuer Gasthof, Gewerkschaftsangehänger Ferkel, Leipzig.

Plagwitz: Fellenkeller, Professor Dr. Niemann, Leipzig.

Möckern: Goldener Anker, Reichstagsabg. Saupe, Leipzig.

Knaackleeberg: Weises Koh, Redakteur Albert Fichte, Leipzig.

Panitzsch: Gasthof Wippler, Redakteur Ernst Frenzel, Leipzig.

Dienstag, den 9. März, abends 7/8 Uhr:

Kleinzschocher: Terrasse, Landtagsabg. Seydemann, Berlin.

Alt-Leipzig: Sanssouci, Gen. Lehrer Grimm, Leipzig.

Volksgeossen und -geossinnen, erscheint in Massen!

SPD. Groß-Leipzig.

Gewerkschaftsbewegung.

Stilllegung als Erpressungsmittel.

Arbeitsamt und Fürsorgeamt leisten Hilfsdienste.

Die Stilllegung der Leipziger Spigenfabrik Barth & Co., A. G., dürfte ein Schulbeispiel sein, wie die Unternehmer es treiben, um Betriebsräte, die gewissenhaft ihres Amtes walten, los zu werden. Der Betrieb wurde am 13. Januar, soweit die Weberei in Frage kam, stillgelegt. Zugleich verlangte man telephonisch vom Arbeitsministerium die Zustimmung, ohne Sperrfrist die Konfektion mit Stilllegen zu dürfen. Bei der Verhandlung im Betriebe im Beisein der Gewerbeaufsicht legte die Firma die Gründe dar, welche sie veranlassen, den Betrieb stillzulegen. Arbeitsmangel, Geldknappheit und das überaus große Lager gebe keine Aussicht, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Es dürfe mehr als ein Vierteljahr vergehen, ehe das Lager geräumt ist. — Am 27. Januar wurden dann noch alle Arbeiterinnen der Abteilung Konfektion entlassen. Der gesamte Betrieb beschäftigte circa 150 Arbeiter und 230 Arbeiterinnen. 60 Angestellten wurde weder gekündigt noch wurden sie entlassen. — Nach der Stilllegung der Weberei wurden die Meister und Betriebsleiter mit Weben beschäftigt. Die Leiterin der Konfektion, Fräulein Rochau, wählte sich anders zu helfen. Sie entließ nicht alle Arbeiterinnen, sondern beschäftigte einige davon als Heimarbeiterinnen lediglich zu dem Zweck, um den verhassten Betriebsrat loszuwerden. — Nach wenigen Tagen wurden dann circa 80 Arbeiterinnen in der Konfektion eingestellt. Die Kollegin, welche dem Betriebsrat angehörte und bereits 27 Jahre im Betriebe beschäftigt war, wurde nicht eingestellt. Herr Barth erklärte dem Betriebsrat in einer Verhandlung, daß unter keinen Umständen die 27 Jahre Beschäftigte wieder heringewonnen würde. Ebenso ging es den leitenden Kollegen der Spigenweberei. Man hat nun nach und nach die Weber wieder angefordert, den Betriebsrat jedoch läßt man draußen.

Was hat nun die Leipziger Spigenfabrik mit ihrer Stilllegung beabsichtigt? Sie wollte erstens den Betriebsrat loswerden und zweitens ganz bedeutende Verschlechterungen im Betriebe einführen. Man will den Arbeitern und Arbeiterinnen einen Teil ihrer Kosten entziehen und eine bisher im Betriebe bestandene Wahlscheit abschaffen. Beides verstoßt gegen die tarifliche Bestimmungen. Ferner sollen die Arbeiter unterdrücklich die neu abzuschließende Arbeitsordnung anerkennen. Die wieder eingestellten Weber sollen 14 Tage zur Probe arbeiten, obgleich sie fast alle über 20 Jahre im Betriebe beschäftigt waren. — Die neue Arbeitsordnung sieht auch noch viele andere Verschlechterungen vor. — Alle diese Zumutungen und tariflichen Verschlechterungen lehnen die Weber ab und nehmen deshalb das Arbeitsangebot nicht an.

Wie verhält sich nun das Arbeitsamt? Es entzieht den Webern die Erwerbslosenunterstützung, um die Arbeiter der Firma willfähriger zu machen. Auch das Fürsorgeamt hat sich dem angeschlossen und zahlt keine Unterstützung mehr. Das ist ein Vorgehen, welches wohl einzig dastehen dürfte und zum schärfsten Widerspruch herausfordert. Beide städtischen Ämter leisten dem Unternehmer in seinem Bestreben, unter Bruch tariflicher Vereinbarungen die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern und unbecome Betriebsratsmitglieder loszuwerden, gegen die Arbeiterschaft Hilfsdienste. Es muß dafür gesorgt werden, daß mit solchen Unternehmern dieser städtischen Ämter Schluß gemacht wird. Infolge dieser amtlichen Hilfsdienste für den Unternehmer stehen die Arbeiter aller Mittel entschloßt da und sollen durch Hunger dazu getrieben werden, alles, was sie schon viele Jahre vor dem Kriege hatten, preiszugeben, obwohl der Tarifvertrag es es ihnen gewährt.

In den Leipziger Neuesten Nachrichten werden durch Inserat für Leipzig Spigen weder gesucht. Warum dieses geschieht und was unternommen wird, um unbecome Betriebsräte loszuwerden, zeigt das Vorstehende. Möge jeder eine Lehre daraus ziehen.

Die Gelben und die Betriebsratswahlen.

Auf einer Konferenz des „Bezirksverbands Leipzig des Reichsbundes Vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine“ ist eine Entschließung zu den bevorstehenden Betriebsratswahlen angenommen worden, die eine Mobilmachung der Gelben zu den bevorstehenden Betriebsratswahlen sein soll. Nach dieser Entschließung sollen die Gelben die „Alleinherrschaft“ der Gewerkschaften brechen und diesen „einen Sitz nach dem andern abkämpfen“. Die Entschließung spricht sich für das „Zusammenarbeiten aller Wirtschaftsfaktoren“, also für das Zusammengehen der Gelben mit dem kapitalistischen Unternehmertum gegen die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft aus. Es sollen nach der Entschließung überall „vaterländische Einheitslisten“ aufgestellt werden, um das Zusammenkommen einer „vaterländischen Betriebs-einheit“ zu erreichen, damit der „Werkgemeinschaftsgedanke praktische Auswirkung“ findet. Die gelben Unternehmer werden nach dieser Entschließung bei der Aufstellung der Kandidaten für die Betriebsratswahlen und bei Wahlen selbst, moralisch und finanziell unterstützt durch die Unternehmer, alles versuchen, um hier und da einen gelben Gewerkschafter in die Betriebsräte hineinzubringen. Wir zweifeln nicht daran, daß die Befehlshaber in jenen Betrieben, wo die gelben Werkvereine aufstehen sollten, alles einsehen werden, damit diese Werkzeuge des Unternehmertums im Kampfe gegen die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft keinen Schaden anrichten.

Die Arbeitsmarktlage in Berlin.

SPD. Das Landesarbeitsamt Berlin gibt die Ende der verflochtenen Woche bei den Arbeitsnachweilen eingetragenen Personen mit 245 073 gegenüber 244 488 in der Vorwoche an. Unterführung bezogen 132 243 (in der Vorwoche 132 135) männliche und 51 033 (49 227) weibliche Personen. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit beträgt demnach rund 500. Daraus ist zu schließen, daß auch im Berliner Wirtschaftsgebiet ein Stillstand in der Steigerung eingetreten ist, ohne daß für die Aufnahme von Arbeitskräften die Landwirtschaft in größerem Ausmaß in Frage kommt. Bei den männlichen Kräften läßt sich wie in der Vorwoche eine geringe Abnahme verzeichnen, während die Zahl der weiblichen Arbeitslosen zugenommen hat. Verbesserungen, wenn auch in geringem Umfang, lassen sich feststellen in der Holz- und Schnitstoffindustrie und im Bekleidungsgebiete. Von einem Stillstand der Verflechtungen kann man jedoch bis jetzt nicht in der für Berlin wichtigsten Metallindustrie und in der Lederindustrie sprechen. Auch im Gastwirts- und Handelsgewerbe und in den technischen Berufen ist die Lage noch sehr schlecht.

Tagung des Hauptvorstandes des deutschen Buchdrucker-Vereins.

W.B. Köln, 6. März. Der Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins hielt aus Anlaß der Vereining Kölns seine erste diesjährige Tagung am 5. und 6. März in Köln ab. Auf der unter Führung der beiden Vorsitzenden Dr. Petersmann, Leipzig, und Rudolf Jickel, Osterwid, vorbereiteten, der Hauptversammlung vorgelegten umfangreichen Tagesordnung stand neben Fragen der Vereinsorganisation und internen Angelegenheiten zur Beratung die Wirtschaftslage des deutschen Buchdruckerergewerbes, insbesondere, wie diese sich nach den letzten Tarifverhandlungen mit den Arbeitnehmern entwickelt hat. Auch die Preisgestaltung der eigenen Erzeugnisse wie der für die Erzeugnisse aller in Betracht kommenden Lieferanten wurde eingehend besprochen, wobei an den Mitteln, mit denen die Reichsregierung den allgemeinen Abbau der Preise zu erreichen sucht, Kritik geübt wurde.

England und das Washingtoner Arbeitszeitabkommen.

London, 6. März. Times zufolge sagte Premierminister Baldwin zu, an der ersten Sitzung der Konferenz über das Washingtoner Arbeitszeitabkommen, die am 15. 3. im Arbeitsministerium stattfinden, teilzunehmen und die Delegation zu begrüßen. Als Grundlage der Erörterung ist, wie Times meldet, eine vom Arbeitsministerium auszuarbeitende Denkschrift in Umlauf gesetzt worden, die auf einige der Schwierigkeiten hinweist, die geregelt werden müßten, bevor England sich bereit erklären könne, die Konvention zu ratifizieren.

400 000 Arbeiter in England vor der Ausperrung.

T.L. London, 6. März. Da in den Verhandlungen über den Tarifstreik der Arbeiter des Maschinenbaues gestern keine Einigung zustandegekommen ist, haben die Arbeitgeber gestern nachmittag die Ausperrung angekündigt. Diese wird am 13. März wirksam. Von der Ausperrung werden 400 000 Arbeiter bedroht.

Konstituierung des Untersuchungsausschusses für Bergarbeiterbeschwerden.

Zu preussischen Landtage konstituierte sich der auf Antrag der Kommunisten und mit Unterstützung der Sozialdemokraten eingesetzte Untersuchungsausschuß für Bergarbeiterbeschwerden. Zum Vorsitzenden wurde Abgeordneter Dr. Badi (Soz.), zum stellvertretenden Vorsitzenden der Abgeordnete Harz (Zentr.) gewählt. Der Ausschuß besteht aus 15 Mitgliedern. Er soll zunächst die Fälle auf der Zeche Werne im Bergrevier Lünen und auf der Zeche Sachsen im Bergrevier Hamm untersuchen. Dort soll eine Beschäftigung von Arbeitern im Bergbau unter Verletzung der bergpolizeilichen Vorschriften, an Betriebspunkten mit einer Temperatur von 28 Grad Höhe länger als 7 Stunden zu arbeiten, festgestellt haben. Es ist auch die Untersuchung von zwei weiteren Fällen vorgesehen.

Die Erwerbslosigkeit in Oesterreich. Ende Februar wurden in Oesterreich 220 000 unterfühlte und 8000 ausgeheuete Erwerbslose, die eine Beihilfe erhielten, und etwa 30 000 nichtunterfühlte Arbeitslose gezählt. Die Verminderung der unterfühlten Arbeitslosen gegenüber Mitte Februar beträgt rund 6000.

Der Streik in der amerikanischen Textilindustrie. Die Textilfabrikanten beabsichtigen, wie verlautet, unter Umständen sämtliche Fabriken im Passaic-Berzirk bis zur Beendigung des Streiks zu schließen, um so neue Ausweitungen zu verhindern. Die Streikenden erklären, sie würden eine vollständige Schließung der Werke nur begreifen. Der Führer der Streikenden gab zu verstehen, daß er die Ausbehnung des Streiks über sämtliche Textilbezirke innerhalb eines Monats erwarte. Es würden davon 25 000 Seidenarbeiter in Patterson und Textilarbeiter betroffen werden.

Margismus und Arbeiterbewegung.

Man nennt den Margismus nicht umsonst eine Geschichtsauffassung. Denn was ist Margens Werk anders als die größte und klarste Zusammenfassung unseres Wissens von der Vergangenheit unter dem einen Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Entwicklung.

Wißt man dem Margismus die Ueberhöhung der Wirtschaft, die Beherrschung des Erwerbsbetriebes, überhaupt des Geldes und seiner Macht vor, so meint man in Wirklichkeit eben dies: die Aufdeckung der gesellschaftlichen Zusammenhänge, wie sie in der Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens überhaupt, d. h. aber in erster Linie der gesellschaftlichen Wirtschaft, des Arbeitsprozesses wurzeln.

Lehrt der Margismus somit die Zusammenhänge zwischen Produktionsweise und Kultur, zwischen Wirtschaft und Recht und Moral, zwischen Politik und Kunst begreifen, weist er die enge Verknüpfung zwischen Klasseninteresse und Weltanschauung nach, so wäre es mehr als widersinnig, wollte er sich selbst als die letzte Wahrheit, als eine Lehre von absoluter Gültigkeit und zeitloser Objektivität hinstellen.

Den Vorwurf, der Margismus begriffe seine eigene geschichtliche Stellung, seine Funktion in der Entwicklung der Gesellschaft nicht, erheben, heißt daher: die (wenn auch nur zeitlich bedingte) Gültigkeit der Margischen Lehre viel mehr in Zweifel ziehen, als dies auf dem Wege der üblichen verständnisvollen Polemik gegen missverständliche „Grundriss“ des Margismus geschehen kann.

Das Aufkommen der reformistischen Gedankengänge, den Zusammenbruch der Internationale, die nationalstaatlichen Strömungen in der Arbeiterbewegung, die staatsbehaltende Tätigkeit der meisten sozialistischen Parteien, den Aufstieg der höhergestellten Arbeiterschaft in das Kleinbürgertum: dies und anderes noch hätte der rechtsläufige Margismus nicht begriffen, nicht verstanden und deshalb nicht meistern können.

Genes „Verlagen“ des Margismus im Angesicht der neuartigen Erscheinungen in der Arbeiterbewegung selber, das ihm unterstellt wird, würde, falls es zuträfe, von so schwerwiegender Bedeutung sein, daß nicht allein H. de Man, sondern der Kapitalismus in seiner offensten Ausprägung recht bekäme.

Die Konsequenz, die der Margismus aus jeder Niederlage zieht, ist daher immer die, daß es nun um so mehr gelte, die Kräfte der Arbeiterbewegung zu vergrößern und das Verfallene nachzuholen; denn die Entwicklung arbeitet für uns. Hier aber legt wieder de Mans Kritik ein. Die Entwicklung des Kapitalismus, meint er, arbeitet nicht „für uns“; die marxistische Untersuchung der Klassenentwicklung der heutigen Gesellschaft sei falsch; das Klasseninteresse führe nicht zum sozialistischen Bewußtsein, sondern von ihm ab: zur Verpöcherung, zum Verzicht auf den Sozialismus.

Die Beweisführung ist hier wieder ähnlich wie in den anderen Fällen. Der Proletariat sei keine Denkmälerin und sein Wesen sei nicht durch wirtschaftliche Erwerbsmotive allein bestimmt. Die Unterdrückung der Arbeiterklasse durch den Kapitalismus habe in dem Proletariat Minderwertigkeitsgefühle aufgespeichert, er suche sich zur Geltung zu bringen; der Klassenkampf entspringe nicht verstandesmäßiger Erkenntnis, sondern dem Geltungstrieb, der das Gefühl des Ausbeutungsseins, der Unterdrückung der Selbständigkeit hervorruft und Ausgleichsvorstellungen von dem Recht auf den vollen Arbeitslohn und auf wirtschaftliche Selbständigkeit und von der Gleichheit der Rechte und Pflichten erzeugt, und erst in zweiter Linie dem Erwerbstrieb und dem gesellschaftlichen Schup-

trieb mit den entsprechenden Auswirkungen. Auch hier ließe sich vom Standpunkt der psychologischen Trieblehre manches einwenden. Aber auch wenn dies richtig wäre, so ändert das nichts daran, daß es noch kein Marxist (außer vielleicht Hendrik de Man in früheren Zeiten) fertiggebracht hat, den Klassenkampf auf verstandesmäßige Erkenntnis zurückzuführen.

In dieser Richtung liegt auch die Aufgabe, die nach der marxistischen Theorie ihr selbst zukommt. Nicht den Klassenkampf erzeugen und nicht die Wirklichkeit hinwegdeträtieren, sondern den Prozeß der Befreiung der Arbeiter von der geistigen Vormundhaft des Kapitals und von dem anergozogen, ererbten und erworbenen bürgerlichen Bewußtsein zu fördern, zu beschleunigen.

Gewiß genügt es nicht, Lohnempfänger zu sein, um sozialistisches Bewußtsein zu haben. Das Klasseninteresse ist nicht etwas, was der Proletariat kund und zu wissen bekommt, indem er seine Lohnfülle in Empfang nimmt; auch das Klasseninteresse muß erkannt werden. Mag de Man auch noch so viel darüber spotten, daß das Arbeiterinteresse sich erst dann mit dem Interesse der Arbeiterklasse deckt, wenn es „wohl verstanden“ worden: wäre dem nicht so, so gäbe es längst keine Arbeiter, die nicht Sozialisten wären, und de Man hätte sein Buch nicht zu schreiben brauchen.

Die Erfahrung muß erst da sein, ehe sie zum Bewußtsein kommt. Ohne Kapitalismus, ohne die Erfahrung der gesellschaftlichen Tatsachen kein Klassenkampf, kein Klassenbewußtsein. Der Kapitalismus müßte also in Reinkultur, im Gipfelstadium seiner höchsten Reife erkannt werden, damit die Arbeiterklasse alle Hülsen kapitalistischen Denkens durchschauen und sie nachträglich abwerfen kann. Das Ideal des Klassenbewußtseins würde daher erst erreicht werden, nachdem sich der Kapitalismus überlebt haben würde.

Der Margismus ist dies eine Binsenwahrheit. Er weiß, daß die große Mehrheit des Proletariats noch weit davon entfernt ist, die Wirklichkeit marxistisch zu erfassen und ihre Handlung danach einzurichten. Immer — und insbesondere in Zeiten großer politischer und wirtschaftlicher Krisen, die die Eingeweide der heutigen und der ersten Reime der zukünftigen Gesellschaftsordnung blühartig beleuchten — vermag aber der geschultere und vorwärtsblickende Klassenbewußte Teil der Arbeiterklasse die geistige Entwicklung in ihren wesentlichen Elementen vorwegzunehmen, die die Masse des Proletariats erst in späterer Zukunft zurücklegt.

Kleine Chronik.

Die Originalmodellammlung Max Klingers (im Museum am Augustusplatz). Durch Säle, Amtszimmer, Treppen, Flure gelangt man in den Raum, in dem in schöner Ordnung die gipsernen Modelle Klingers zu seinen Plastiken aufgestellt sind.

Hans Weimann als Installateur. Maxim Gorki sagt, die schönsten Märschen erinne die Wirklichkeit. Das gleiche dürfte sich wohl auch von den Wägen behaupten lassen. Man höre: Ein Verwüster der Deutschen Bühne, Klempner von Beruf, wünscht laut Bekleidet Hans Weimanns „Kloak“.

Die drahtlose Filmübertragung macht auch in England weitere Fortschritte. John Baird hat die Erfindung eines Apparats dafür soweit ausgearbeitet, daß er vom englischen Postminister die Erlaubnis erhalten hat, in London eine Fernbildübertragungsallocation einzurichten.

Affen und Menschen überraschende Gemeinsamkeiten gefunden, und wenn man ein Nervenzentrum konsultiert, so frage ich mich oft: „Wie würden sich meine Affen in einem ähnlichen Falle benehmen?“ und komme dadurch zu einer richtigen Diagnose.

Mittellungen der Städtischen Theater-Zulassung. Die nächsten Erkaufführungen und Neuinszenierungen des Städtischen Schauspielers sind: Romain Rolland, „Die Zeit wird kommen“ (11. März), Shakespeare, „Julius Cäsar“ (12. März), Feyta u. Anrau, „Louis Ferdinand, Prinz von Preußen“ (Anfang Mai). — Sonnabend, 13. März, die 10. Anrechtsvorstellung: „Die Zeit wird kommen.“

Spiele für einsame Kinder.

Von Anna Siemsen.

Der Mensch ist ein Gesellschaftstier. Je unverdorbenere seine Triebe, je naturnäher sein Leben ist, desto stärker äußert sich sein Bedürfnis nach Geselligkeit. Daher ist ein einsames Kind etwas Unnormales, aber leider in unserer miserabel aufgebauten Gesellschaft etwas gar nicht Ungewöhnliches.

Das kleine Kind freilich kennt das Gefühl der Einsamkeit doch nicht, weil ihm die ganze Umwelt noch lebendig ist. Jedes jüngere Tier, jedes Wollkaninchen, jeder Lebdogge ist ihm ein lebhaftiger Kamerad.

Aber früher oder später kommt die Zeit der Enttäuberung, wo das werdende Menschlein sich als Sonderwesen entdeckt, dem all die toten Dinge und sogar die lebendigen Katzen und Hunde und Vögel die menschlichen Gefährten nicht ersetzen können.

Uns Menschen ist neben dem Geselligkeitstrieb eine Gabe gegeben, durch die wir uns selber eine Gesellschaft vortäuschen können, die Einsamkeit besördernd. Die Phantasie ist nicht eine Sondergabe einzelner Bevorzugter, jedes Kind besitzt sie und mit ihr das Bedürfnis, seine Vorstellungen und Träume von den Dingen zum Ausdruck zu bringen.

Ein paar Farbstifte sind so leicht zu haben und ein wenig Papier. Und lange Nachmittage und Abende lassen sich mit ihnen freudvoll verbringen, freudvoll und ruhig, liebe, so oft vom Lärm geplagte Mutter. Aber du mußt die Freude des kleinen Künstlers teilen, mußt eingehen auf seine Bedeutungsversuche, nicht dahinschliefen, nicht lachen und vor allem nicht achlos umgehen mit den kostbaren Arbeiten.

Zeichnen und Malen ist freilich nicht das einzige Feld künstlerischer Tätigkeit. Da ist der Baukasten. Da kann man falten und schneiden und pappen und kleben. Und wenn der Raum dazu da ist und etwas Geduld und Verständnis auf Seiten der Mutter, so ist das Kleben in Ton vielleicht die allerhöchste und bildendste Kinderbeschäftigung.

Ich kenne einen kleinen einsamen Jungen, der oft nach Mitternacht seufzt. Neulich begegnete er mir. „Na“, sagte ich, „du hast dich so lange nicht bei uns blicken lassen.“ „Ach ja“, war die Antwort, „entschuldige nur. Aber weißt du, ich glaube, es gibt keinen Menschen auf der Welt, der soviel zu tun hat wie ich. Sieh, ich muß ein Bild für Vater machen und eins für Oma. Und Mutter muß ich einen Kasten kleben und Onkel Hans eine Geschichte aufschreiben.“

Solche Spiele können auch unsere einsamen Kinder zur Gemeinschaft bilden und erziehen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 8. März.

Großstadtcasés und ihre Besucher.

Wir haben uns daran gewöhnt, das Café, dessen Beliebtheit im letzten Jahrzehnt in Deutschland eine Steigerung erfuhr, die kaum einer voraus geahnt hätte, als die unpersönliche Stätte zu betrachten, in der wir, nicht zuletzt unter dem Zwange der Wohnungsnot, unsere Freunde und Freundinnen bewirten, unsere Gespräche abzuschließen, unsere Ehen beginnen und enden lassen, ohne daß wir für die Unterhaltung dieses uns stets zur Verfügung stehenden Aufwartungsortes mehr bezahlen, als der Besucher in die jeweils verzehrten Getränke und Speisen einzuführen. Da gibt es Cafés, in denen 60 von 100 Gästen bei einer Partie Etat oder Schach sitzen, oder eine Sportzeitung lesen. Andre, in denen Kennungen und Weissen Grundthema aller Gespräche sind. Oder man gerät in einen Kreis von Literaten und Schauspielern, die hinter Bergen von Zeitungen sitzend, die letzte Theateraufführung, das letzte Buch oder die kommende Ausstellung bereden, die auf alles schimpfen und nur das als wertvoll anerkennen, was sie selbst gemacht. An anderen Orten wieder hat man die Politik beim Widel. Oder man gerät in eine Kundschaft aus Staff und Blutgeruch: Viehhändler, die ihre Preise machen.

In den meisten dieser Cafés lebt man sich schnell ein. Man weiß, wo man ist und richtet sich danach. Es gibt aber auch Lokale, in denen man sich nur sehr langsam oder nie einlebt. Denn gar manches Café hat ein doppeltes Gesicht. Kommt man am Tage herein, so glaubt man in eins der zahlreichsten Familiencafés geraten zu sein. Kommt man jedoch zu vorgeschriebener Stunde in das gleiche Café, glaubt man zu träumen. Junge Frauen und alte Mädchen sitzen da herum, weiß und rot geschminkt. Mit verwegendem Blick begrüßen sie den Fremden, der sich hierher verirrt und der, ehe er selbst daran denkt, Gesellschaft zu halten, eine der Herumsitzenden bittet ihn um Feuer und je nach Veranlagung findet er sich unvermittelt im Gespräch verankert. Er will wieder gehen, aber etwas hält ihn fest. Er sieht sich um. Aus allen Ecken greifen ihn Zigarettenrauchende an. In einer Ecke steht ein kleiner Geiger, der seinem Instrument die Begleitung zu einem modernen Schlager entlockt, den ein verlebter Musiker auf seiner Zither spielt. Man tanzt. Und nun weiß er auch, wo er ist. Kenne, ruft seine Nachbarin einer Tänzerin zu, du mußt die Schritte etwas höher ziehen. So, ja, nee wieder verkehrt, hör auf, das ist doch kein Polka. „Miese“, geht es in einer anderen Ecke los, „leib mir mal dein Kamm, ich glaub, ich hab' Laufe.“ „Schah, wollen wir zwei mal tanzen?“ sagt die Kleine am Nebentisch.

Und der kleine Geiger, der kaum 15 Jahre alt ist, zieht seinen Bogen. Jetzt ist nach Parasiten, solange noch die Rollen blühn, singt er. Auf seinen Wangen blühen jedoch längst keine Rosen mehr. Weide und blaßer Blick er in das Treiben und geht, wenn der Tanz zu Ende ist, mit einem offenen Notenblatt herum und sammelt. „Du, gib dem Jungen mal fünf Groschen. Weißt du ja nicht in'n Finger,“ schreit eine der Herumsitzenden ihren Tishnachbarn an. „Der Junge ist mein Freund. Nicht, Heilig!“ Und der kleine Geiger lächelt. Vielleicht geht es seinen Eltern dahem schlecht und er freut sich, ihnen nachher Geld nach Hause bringen zu können. Abend für Abend einen schönen Bogen. Aber ob sie sich auch darüber freuen, wenn sie das Geld sehen, das sich tiefer und tiefer in ihren Jungen hineinfrisst, das in ihm wächst und ihn umwerfen wird, längst ehe er ein Mann geworden?

Eie möchten ihn dann wohl lieber stehen lassen als hierher. Aber was wissen denn die Eltern, wo ihr Junge steht? In der Stadt, in ein kleines Restaurant ist unser Junge. Ja, das wird mal ein großer Künstler, der verdient jetzt schon 50 Mk. die Woche. Wohl mit gehen!

„Denken Sie mal an“, sagt die Nachbarin. Und der müde Junge legt seinen Bogen wieder an. Und wieder erhebt sich alles und redet sich. Das hält nicht so genau. In einem der Tische sitzen zwei Mädel und erzählen sich ihre Erlebnisse. „War ne bide Sache gestern abend.“ Die anderen aber tanzen. Manche, die nur eine Stunde sitzen wollten, gehen, um auf der Straße ihrem Gewerbe nachzugehen. Andere, die sich draußen müde gefant haben, kommen herein, um hier ihre Glück zu versuchen. War aber der Fremde, der sich in diese Menschenmasse verlor, noch im Zweifel darüber, in welche Gesellschaft er geraten war, denn nicht immer kann man auf den äußeren Schein gehen, so wird es Gewöhnlich, wenn er sich erhebt, um zu gehen.

„Zählst meinen Kaffee mit, gelt? Ich hab grad kein Geld bei mir“, sagt die Kleine an seinem Tisch. Was soll er machen? Er hat mit ihr getanzt, mit ihr über dieses und jenes gesprochen, was man wohl als Unterhaltung ansehen kann und schließlich zahlt er. Ober zahlt! Bitte! Der Danke ihr mit? Ja. Der Ober beginnt zu rechnen. Der Gast glaubt nicht recht zu hören. Er glaubte doch zu wissen, daß die Kleine nur eine Tasse Kaffee getrunken. Und nun soll er Kaffee und Tee und Likör bezahlen. Von denen er nichts weiß. Aber er hat einmal gute Miene zum bösen Spiel gemacht und zahlt. Als er geht, hat er Beileidung. „Schau, gehen wir noch wohin?“ fragt die Kleine. Er weiß es noch nicht. Doch er aber so bald nicht in dieses Café zurückkehren wird, das weiß er. Egr.

Beamte und das Volksbegehren.

Das Wohl des Beamten hängt mit dem Staatswohl untrennlich zusammen. Muß der Staat circa 25 Milliarden Mark für nichts und wieder nichts an die Fürsten abgeben, dann ist auf eine bessere Zukunft der Beamenschaft nicht zu rechnen. Beamte, die ihr auch Kenner des öffentlichen Rechtes sind, überlegt euch, wie es möglich war, daß solche Ansprüche der Fürsten vor Zivilgerichten anerkannt werden konnten, wo vitale öffentliche Interessen vorliegen! Ueberlegt auch, wie es möglich war, daß von Zivilgerichten auf privatrechtliche Urkunden aus der Zeit des Absolutismus zurückgegriffen werden konnte. Deshalb, Beamte, die Augen auf! Zeichnet euch recht ein die Eintragungslisten zum Volksbegehren.

Wer machts nach?

In L.-Kleinshofer sammelte ein Funktionär (S. 2.) in einer Straße 138. — M. für das Volksbegehren.

Märzprogramm des UBZ.

Dienstag, 9. März: Volkshaus, abends 8 Uhr: Film aus dem Fürstentum: Wer wirft den ersten Stein? Anrechtler 50 Pfennig. — Sonntag, 14. März: Kaufhaus, nachmittags 3 Uhr: Sinfonie-Konzert. Leitung: H. Scherchen. Solistin: Frau Pas-Carlozzi. Sinfonie Nr. 10 (2 Sätze) von Gustav Mahler (Erste Aufführung in Deutschland). An die Hoffnung (Gesang mit Orchester) von Max Regner. An die Hoffnung (Gesang mit Orchester) von L. v. Beethoven. Sinfonische Dichtung für großes Orchester (Hamlet) von Franz v. Liszt. Sinfonie Es-dur Nr. 6 (Pastorale) von L. v. Beethoven. Anrechtler 150 Pfennig, Nichtanrechtler 2 Mark. — Sonntag, 14. März: Kaufhaus 8 Uhr: Martin Andersen Nexé spricht selbst aus seinem Leben. Anrechtler 60 Pfennig, Nichtanrechtler 1 Mark. — Dienstag, 16. März: Altes Theater 1/8 Uhr: Der frühliche Weinberg, 1.50 Mark.

Rundgebung der Frauen.

Am Sonntagvormittag vermachte der große Festsaal des Volkshauses mit seinen drei Nebensälen und der Galerie die Frauen und Mädchen kaum zu fassen, die herbeigeeilt waren, um an der Rundgebung zum Internationalen Frauentag teilzunehmen. Die Veranstaltung war nicht zum geringsten deshalb so überaus zahlreich besucht, weil sie naturgemäß im Zeichen des Kampfes gegen fürstliche Raubgier stand — ein gutes Zeichen für das Volksbegehren. Stimmungsvoll leitete der Leipziger Volkschor unter Leitung Otto Dibams die Versammlung mit dem Gesang der Lieder „Weltensrieden“ und „Frühlingserwachen“, beide von Uthmann, ein. Dann begrüßte die Genossin Ziegler die Erschienenen aufs herzlichste. Sie wies darauf hin, daß seit 1914 die Frauen keine internationale Rundgebung veranstalten konnten. Sie schloß mit der aufergebenden Aufforderung, daß alle Anwesenden sich mit den über 800 000 Frauen, die in der Internationale organisiert sind, für völlige Gleichberechtigung der Frauen und für Sozialismus einsetzen sollen. Dann erteilte sie der Stadträtin Genossin Marie Bock-Wien das Wort.

Genossin Bock ging zunächst auf österreichische Verhältnisse ein. Sie führte etwa aus: Der letzte Wiener Frauentag sah 50 000 Frauen vor dem Rathaus demonstrieren für die internationalen Forderungen der Frauen. Das Wort Frauentag wirkte bei den Wiener Frauen wie Hochzeitsglocke. Wißte man doch, daß noch um viel zu kämpfen sei. Es handelte sich nicht um Frauenrechtler und Vorrechte für die Frauen, sondern um völlige Gleichstellung beider Geschlechter im Rahmen der Befreiung des Proletariats. Die Ergebnisse von Hamburg und Marseille haben gezeigt, daß man eigentlich 365 Mal im Jahre Frauen- und Männertag abhalten müßte. Frauentag bedeutete Aufklärung, Organisation und Schulung. Vor dem Kriege kamen die sozialdemokratischen Genossinnen und Genossinnen zu internationalen Kongressen als Oppositionsparteien aus ihren Ländern. Hamburg und Marseille haben ein wesentlich anderes Bild gezeigt. Sozialdemokratische Minister tragen und tragen in manchen Staaten die Verantwortung für die Regierung. Die Erkenntnis sei allgemein, daß wir unser Ziel nur erreichen, wenn in allen Ländern das sozialistische Proletariat die Mehrheit erobert hat. In diesem Sinne müßten in jeder sozialdemokratischen Partei die Frauen in der Mehrheit sein. Österreich marschiert in der Internationale nach der Zahl seiner sozialdemokratisch organisierten Frauen an der Spitze. Selbst wenn Deutschland auf der Internationalen Tagung in London 1927 an die Spitze gelangen sollte, so würde das nicht viel bedeuten, da Österreich nur 6, Deutschland aber 60 Millionen Einwohner habe. Bei der letzten Wahl in Wien haben 200 000 Frauen mehr sozialdemokratisch gewählt als Männer! Genossin Bock streifte nun die Stellung der Sozialdemokratie und der Frauen in verschiedenen Ländern. Wenn heute in Staaten wie Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei, und anderen der Frauentag festlich begangen werde, dann solle er den Frauen in den Ländern wie Frankreich, Italien, Ungarn und anderen, in denen die politische Gleichberechtigung noch nicht erkämpft ist, neuen Kampfesmut einflößen. Wenn das Erreichte überbilde werde, dann sehe man erst, was noch zu geschehen habe. Die

internationale Wirtschaftskrise lasse zunächst die Forderung gleiches Recht auf Arbeit für beide Geschlechter in den Vordergrund treten. Dann müsse gleiches Recht von Mann und Frau auch in den Geschichtern, vor allem so weit die Ehe in Betracht kommt, gefordert werden. Teilweise haben wir bereits ganz schöne Gesetze, aber uns fehlt die wirtschaftliche Kraft, um sie im Sinne des Sozialismus anzuwenden. Die erste Forderung muß sein, daß Mutter und Kind unter den besonderen moralischen und wirtschaftlichen Schutz der Gesellschaft gestellt werden. Den Nachwuchs kranker Eltern muß man zu unterbinden versuchen.

Nun kam die Genossin Bock auf die Fürstenabfindung zu sprechen. Österreich dürfe sich rühmen, auf diesem Gebiete Vorbild für Deutschland zu sein. Die ganze Welt sehe jetzt auf Deutschland, was bei diesem Kampf zwischen Fürsten und Volk herauskomme. Der Kampf berühre auch die Internationale in besonders hohem Maße. Österreich habe die Fürstenfrage auf gesetzgeberische Weise rechtlos gelöst, während die deutsche Republik bei ihrer Gründung dieses Problem ungeklärt ließ. Allerdings seien in Deutschland, Österreich die Verhältnisse für eine sofortige radikale Lösung, die Deutschland jetzt erst im Volksbegehren herbeiführen will, viel günstiger gewesen als hier. Man solle aber jetzt in Deutschland sich dessen erinnern, wie die österreichische Sozialdemokratie klar und radikal vorging. Jetzt habe das deutsche Volk Gelegenheit, alles auf einmal nachzuholen. Auf die Frauen komme es wie überall so auch hier in entscheidendem Maße an. Erleide das deutsche Proletariat jetzt eine Schlappe, so bedeute das eine Niederlage der Internationale. Für Habsburg ist auf ewig kein Platz mehr in Österreich, sei in Deutschland auch kein Platz mehr für Hohenzollern! Brauereier und langanhaltender Beifall folgten dem einheitsstimmigen Ausführungen der Genossin Bock.

Genossin Ziegler knüpfte an die letzten Worte der Rednerin an und stellte die Tatsache in den Vordergrund, daß der Kampf um die Fürstenabfindung politischen Charakter trägt. Sie forderte die Anwesenden auf, zunächst jeden erreichbaren Menschen zur Einzeichnung in die Listen des Volksbegehrens zu veranlassen. Dann wies sie noch auf die unerhörten Opfer, die das Volk im Kriege und in der Inflation brachten, hin, zu denen nicht noch Opfer an Geld und Gut für die desertierten Fürsten hinzukommen dürften. Die Empörung und Aktivität der Frauen müsse die Entscheidung im Kampfe gegen fürstliche Unverschämtheiten herbeiführen. Das Nützliche zu diesem Kampfe müsse aus der sozialistischen Presse genommen werden, da die bürgerlichen Zeitungen den gerechten Kampf des Volkes nicht unterstützen. (Brausender Beifall.)

Der kampfesfrohen Versammlung entspraß der nun vom Volkschor vorgetragene Gesang „Der Freiheit mein Lied“ in hohem Maße und stehend sang die begeisterte Riesenschare der Frauen und Mädchen zum Schluß drei Verse der Internationale.

Der Charakter dieser wohlgeleitungen Rundgebung kennzeichnete seine Früchte auch in agitatorischen Erfolgen. Ueber 50 Kreisgruppen nahmen in die SPD. und etwa 80 neue Frauenweltkämpferinnen konnten gebildet werden, ein Ansporn zu weiterer intensiver Arbeit unserer Funktionärinnen!

Ratsbeschlüsse.

Der neue Haushaltplan. Der vom Finanzausschuß in mehreren Sitzungen vorbereitete Entwurf des Haushaltsplanes der Stadt Leipzig für 1926, der in Einnahmen und Ausgaben mit rund 168 Millionen Mark abschließt, wurde genehmigt. Er ist unverzüglich zu drucken und den Stadtverordneten zur Entschliessung vorzulegen.

Schutzpatron.

Bei Beginn der diesjährigen Frühjahrsmesse drucken wir eine Zuschrift der Bezirkspreisprüfstelle bei der Reichshauptmannschaft Leipzig ab, in der auf das Doppelspiel der Leipziger Gastwirte-Zunft betr. Meßaufschläge für Speisen und Getränke hingewiesen wurde. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß diese Zuschrift auch den bürgerlichen Zeitungen zugegangen ist. Die Messe ist vorbei, die bürgerlichen Organe haben aber bis heute die Kritik nicht gebracht, also die Zuschrift glatt untergeschlagen. Die Messebesucher können sich bei den bürgerlichen Blättern bedanken, wenn sie in Leipzig genept worden sind, und das dürfte, wenn nicht alle Zeichen trügen, in sehr vielen Fällen der Fall gewesen sein. Zahlreiche Meßfremde sind über die Aufschläge entriistet gewesen. Im Berliner Tageblatt werden die Maßnahmen der Leipziger Zunft der Gastwirte einer Kritik unterzogen. Der bürgerliche Blätterwald in Leipzig rührt sich nicht. Er schützt den Meß.

Unfälle auf der Straße.

Am 5. März, vormittags gegen 12 Uhr, wollte eine 68jährige Rentnerin in der Reichenhainer Straße, halbtelnde Reibekstraße, einen Straßenbahnwagen besteigen. Plötzlich merkte sie, daß sie sich in der Linkennummer geirrt hatte. Sie trat, ohne sich vorher umzusehen, zurück und lief dabei in die Fahrbahn eines Perlenkraftwagens. Sie wurde von diesem auf Boden gerissen. Sie trug einen rechtseitigen Unterschenkelbruch davon.

Am 6. März, kurz vor 10 Uhr vormittags, wurde in der Nähe des Meißner Güterbahnhofes ein Streckenarbeiter durch eine elektrische Quamaaschine überfahren. Der Verunglückte erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und einen Schläfenbruch. Er hatte Verletzungen, noch vor der Maschine das Geleis zu überschreiten. Der Führer, der das Unglück kommen sah, brachte seine Maschine sofort, aber doch zu spät, zum Halten. Der Verletzte wurde nach dem Krankenhaus St. Georg überführt.

Am 5. März, 3 1/2 Uhr nachmittags, ist, wie schon kurz gemeldet, in der Delsbacher Straße, am Freiadobahnhoie ein 10jähriger Schüler von einem Lastkraftwagen tödlich überfahren worden. Nach Zeugenaussagen habe der Knabe zwischen einem haltenden Gemüselwagen und einem Lastkraftwagen, der in derselben Richtung wie er mit seinem Fahrrad fuhr, hindurchfahren wollen. Er sei unglücklich geworden und vor ein Rad des Lastkraftwagens gestürzt. Der Tod war sofort eingetreten.

Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 10. März, abends 6 Uhr, statt. Der Tagesordnung entnehmen wir: Vertrag mit dem Albert-Zweigverein; Fürsorgewesen (Ermittler, Unterstützung); Kohlensteine für Kriegesbeschädigte und Krieges-hinterbliebene; Heim für berufliche Erziehung; Heim für stiellose weibliche Hausangestellte; Ortsgehe über die Rechtsverhältnisse der händischen Beamten und Angestellten; Kraftfahrzeuge für die Straßenreinigung; Arbeitgeberzuschüsse zu Wohnungsbauten; Darlehen an Turn- und Sportvereine; Stadthalle; Verwendung der Mietzinssteuer für die geschlossene Bauweise durch Privatunternehmer; Kurse für erwerbslose Mädchen; Krankenhaus von St. Jakob (Baraden 12 und 13, Medizinische Klinik).

Prüfung der Richtigkeit der Einträge in das neue Fernsprechbuch. Wir verweisen auf die Bekanntmachung der Oberpostdirektion in der Sonnabendnummer unserer Zeitung.

3. Rang 50 Pfennig. — Mittwoch, 17. März: Neues Theater 1/8 Uhr: Zigeunerbaron von Joh. Strauß, 2.50 Mark, 1.75 Mark. 3. Rang Mitte 1 Mark, Seite 80 Pfennig. — Sonntag, 21. März: Handeshöhe 8 Uhr: Gustav-Herzmann-Frühlingsfeier. Anrechtler 80 Pfennig, Nichtanrechtler 1.20 Mark, Jugend 40 Pf. — Dienstag, 23. März: Volkshaus 8 Uhr: Auswandererfilm, Vortragender Gilling, Preis 60 Pfennig. — Freitag, 26. März: Altes Theater 1/8 Uhr: Der frühliche Weinberg von Juchanper, 1.50 Mark, 3. Rang 50 Pfennig. — Dienstag, 30. März: Thomasmstraße 1/8 Uhr: Matthäuspastion von Bach, Anrechtler 1.25 M. — 1. April: Altes Theater 1/8 Uhr: Die Zeit wird kommen, von Rompin Rolland.

384 000 Mark für Hofflandsarbeiten.

In Ausführung des Beschlusses der Stadtverordneten auf Durchführung des Volksbegehrens zur Linderung der Erwerbslosigkeit unterbreitet der Rat den Stadtverordneten eine Vorlage, in der 383 700 Mark gefordert werden. Die damit zu ermittelnden Hofflandsarbeiten sollen sich erstrecken auf die Anlage eines Fußweges zwischen der Gartenstadt Martenbrunn und der Coenewitzer Straße, auf die Herstellung eines Fußweges an der Delsbacher Landstraße zwischen dem Krankenhaus und dem Eingang zur Mannhinger Gärtnerei, auf die Herstellung erhöhter Fußwege im Johannaapark, auf die Herstellung erhöhter Fußwege an der Kaiserin-Augusta-Straße zwischen Poststraße und Bahnübergang, auf die Herstellung von Weisanhalsen auf dem Lagerplatz am Döner Weg, sowie auf die Einplanung und Einrichtung eines Untergeräteplatzes für die Schleusenreinigung an der verlängerten Elbinger Straße. Der größte Teil der geforderten Gelder soll jedoch für die Herstellung einer Brauchwasserleitung von der Kreuzung der Ritz- und Mittelstraße in Leipzig-Großschöder bis zur Schleuiger Brücke verwendet werden. Der Einführung der Brauchwasser unmittelbar in die Elster müßte endlich ein Ende bereitet werden. Der Rat will für diese Arbeiten Zuschüsse aus der Erwerbslosenfürsorge anfordern und aus diesen Zuschüssen die Mehrkosten decken, die voraussichtlich durch die Ausführung der genannten Arbeiten während der ungünstigen Jahreszeit entstehen. Auf diese Weise werde man mit der vorstehend genannten für normale Verhältnisse berechneten Summe von rund 384 000 Mark auskommen.

Ausbau der Berufsschulen.

Den Stadtverordneten ist eine Vorlage des Rates zugegangen, die auf den Ausbau der Berufsschulwesens abzielt. Bezüglich der Berufsschülerinnen soll die Möglichkeit gegeben werden, sich durch Erwerb einiger Kenntnisse auf dem Gebiete der Warenkunde, der Verkaufskunde, sowie durch praktischen Dekorationsunterricht für den Verkäuferinnenberuf vorzubilden, anderen durch sprachlichen Unterricht die Aussicht für den Eintritt in das Kontor verbessert werden. Auch die hauswirtschaftliche Schule für Mädchen soll ausgebaut werden. Dergleichen wird die Errichtung von Klassenjungen für Knaben gefordert, sowie verlangt, die Zahl der Unterrichtsstunden für die Begabtenklassen zu erhöhen, ebenso die Stundenzahl an den Kaufmannsklassen der Knabenberufsschule. Das gleiche ist für die Maschinenlehnerklassen, für die Klempnerklassen und für die Fachschule für Autohändler geplant. Für letztere soll überdies eine weitere Klasse des ersten Jahrganges gebildet werden. Zum Schluß schlägt der Rat vor, auch eine Fachschule für Lehrlinge des Eisenwarenhandels einzurichten. Die Gesamtausgaben für die Durchführung dieser Pläne werden vom Rat auf 47 488 Mark für das Schuljahr 1926/27 geschätzt, von denen, falls nach Zustimmung der Stadtverordneten auch das Ministerium für Volksbildung einwilligt, der Staat 31 650 Mark leisten würde. Der Rat ersucht den aufgeführten Ausbaumaßnahmen zuzustimmen und vorbeschäftlich der Zustimmung des Ministeriums die Erhöhung der Unterrichtsstundenzahl als verbindlich festzusetzen.

Vom 4. bis 17. März gib Deine Unterschrift dem Volksbegehren!

Für die Kinder, für das Volk, gegen die fürstlichen Parasiten am Volk Körper.

Wo ruft die Pflicht?

Franken.

1. Bezirk des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Am Mittwoch, dem 10. März, abends 8 Uhr, findet im Volkshaus ein Frauen-Verbandsfest. Eintritt 20 Pf.
Möden. Donnerstag, den 11. März, abends 8 Uhr, spricht im Frauenabend in der Bibliothek Genossin Anna Kühn über Pflichten einer Proletarierin.
Franzosen. Der Frauenabend am Dienstag, dem 9. März, fällt zugunsten des Konsumismus aus.

Wohltätigkeitspflege.

Kursus. Alle Bezirke nehmen heute am Kursus im Volkshaus, Nebenaal links, teil.
Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr, Vorführung des Films „Wer wirft den ersten Stein“ im großen Saale des Volkshauses.
Gemeinschaft Kinderfreunde.

Alt-Leipzig. Gruppe Hermann. Eltern-Ausprache, abends Mittwoch, den 10. März, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 5.

WSZ.

Sprechstunde heute Montag, abends 8 Uhr, wichtige Probe.

Kinder an die Ostsee! Am 6. April gehen erholungsbedürftige Kinder zur sechswöchigen Frühjahrskur nach Bangin auf Meedom (Ostsee). Beste Verpflegung und Betreuung. Meldungen bei Lehrer R. Raabe, Wiedersinger Straße 15, I, Telefon 52 202. Fahrt im Sonderwagen, der durchläuft.

„Schule der Arbeit“. Ein Ausschuss zur Gründung einer „Schule der Arbeit“ — durch Professor Dr. Hermsberg-Leipzig — hat dem Landtag ein Gesuch um Schenkung von 5000 Mk. aus dem Fonds des Volkshilfsministeriums überreicht.

Wintersportler. Die wintersportlichen Wettkämpfe finden nunmehr am 13. und 14. März in Oberwiesenthal statt. Die Meldungen befrachten ihre Gültigkeit. Sorgt für zahlreiche Teilnahme. 50 Zentimeter Neuschnee. Währen.

Deutsche Kunstseide-Ausstellung Leipzig. Wenn auch die Leipziger Allgemeine Mustermesse am 6. März zu Ende gegangen ist, so wird doch die erste große „Deutsche Kunstseide-Ausstellung“ bis zum 10. März geöffnet bleiben, um weitesten Kreisen die Möglichkeit zu geben, diese Schau zu besichtigen und auf ihr die Verwendungsmöglichkeit des neuen Spinnstoffes zu den Fertigfabrikaten kennen zu lernen. Von den Schulen wird der Kunstseide-Ausstellung besonderes Interesse entgegengebracht. Zahlreiche Schulen haben sie bereits besucht und eine große Reihe weiterer Schulen hat ihren Besuch angemeldet.

Freibank I. Morgen Dienstag freier Verkauf.

Pollzeimnachrichten.

Mißhandlung von Polizeibeamten. Wie dem Polizeipräsidenten mitgeteilt wird, bringt die Pariser Zeitung „Oeuvre“ in ihrer Ausgabe vom 6. März einen Bericht über einen Zwischenfall, der sich am 4. März abends auf dem Leipziger Hauptbahnhof abspielte. Da dieser Bericht die Tatsachen auf den Kopf stellt, hielt sich das Polizeipräsidentenverhältnis dem Sachverhalt wie folgt darzustellen: Am 4. März, gegen 11 Uhr abends, stand ein Vorzug nach Frankfurt a. M. fahrtbereit, in dem sich auch eine größere Anzahl französischer Reisende befand. Da die französischen Reisenden zu einer Reisegefellenschaft gehörten, für die bestimmte Wagen reserviert waren, wurden einige von ihnen, die in einem falschen Wagen Platz genommen hatten, voran- gelassen, in einem anderen Wagen Platz zu nehmen. Dieser Aufforderung kamen alle bis auf zwei nach. Diese zwei widersetzten sich hartnäckig den Anordnungen des diensthabenden Eisenbahninspectors, weshalb dieser Polizeibeamte zu Hilfe rufen mußte. Nachdem die Polizeibeamten die beiden Franzosen aus dem fraglichen Abteil entließen, ohne aber etwa, wie die französische Zeitung behauptet, mit Faustschlägen und Fußtritten vorgegangen zu sein, erhielt ein Polizeibeamter plötzlich von dem einen jüngeren Franzosen von hinten einen heftigen Stoß, so daß er an den Zug, der seinen Augenblick abgeben konnte, fiel und dabei seine Dienstmütze verlor. Als der Beamte darauf zur Namensfeststellung lächeln wollte, drang der Täter mit den Fäusten auf den Beamten ein, worauf unter den Augen der beiden Franzosen auch noch andere Franzosen mit Händen und Füßen auf den Polizeibeamten einschlugen. Gleichzeitig war der zweite ältere Franzose seinen Reiseführer dem Beamten auf den Rücken. Als er daraufhin der Wache zuneigt werden sollte, leitete auch er dem Beamten heftigen Widerstand. Die beiden Franzosen wurden wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt der Wache und am nächsten Morgen der Staatsanwaltschaft angeführt, die gegen beide Strafbefehl wegen Vergehens nach § 113 StGB. in Höhe von 200 Mk. erteilt. Die beiden Verhafteten wurden am 5. März gegen 5 Uhr bereits wieder entlassen. Die erlittenen Unannehmlichkeiten haben sie sich infolge ihres tüchtigen Betragens selbst auszuwirken.

Einbruch in Gartenlauben. Zwanzig Mitglieder des Gartenvereins „Rosa“ in der verlängerten Schönhauser- und Dürrenberg- straße am 3. März die Gartenlauben machen, daß ihre Gartenläuben, wie später festgestellt wurde, von zwei Tätern aufgebrochen worden waren. Die Tat geschah in der Nacht vorher. Auch der Kontinuum war ein Verlust abgekehrt worden. Aus ihr wurden gestohlen mehrere Tafeln Schokolade, eine Anzahl Backwürste und eine kostbare Lederjacke, rot gefüttert mit Gürtel. Aus den Gartenläuben wurden weniger wertvolle Kleidungsstücke gestohlen, dafür aber alle ausnahmslos mehr oder weniger stark beschädigt. Wahrnehmungen zur Sache teilt man der Kriminalabteilung mit.

Neue Aktentasche mit Ordern und Zeichnungen des öster- reichischen Reiches, die dieser Tage verkehrtlich in einem Stra- ßenbahnwagen liegen gelassen worden war, ist dem Eigentümer zu- rückgebracht worden. Der unehrliche Finder hatte sie später, da in der Tasche nichts Wertvolles war, hinter ein Fenstergitter des Anti- zehriggebäudes gesteckt, wo sie von einem Beamten entdeckt wurde, der die Verlustnotiz gelesen hatte. Er brachte sie dem Verlustträger zurück.

Von Nah und Fern.

Unterlagen an der Berliner Universität.

An der Berliner Universität sind große Unterlagen auf- gedeckt worden. Der frühere Kassenvorstand des Allgemeinen Studen- tenauschusses, namens Lehmann, hat den größten Teil der ihm von den Studenten anvertrauten Gelder für sich verbraucht. In- gesamt hat er durch Quittungen, die er selbst herausgegeben hatte und die von zwei andern Mitgliedern des Ausschusses unterzeichnet waren, rund 6000 Mk. abgehoben. Beim Verhör gab Lehmann an, es seien ihm 20000 Mk. in einem Koffer gestohlen worden. Lehmann ist auf Veranlassung des Rektorats im Gebäude der Universität ver- haftet und dann in das Gefängnis des Polizeipräsidenten gebracht worden. Es besteht der dringende Verdacht, daß noch andere Studenten an den Unterstellungen beteiligt sind. Durch die Kriminalpolizei sind bereits in einem Zimmer der Universität zahlreiche Verrechnungen vorgenommen worden. Diese Unter- suchungen haben ergeben, daß die betrügerischen Machenschaften niemals hätten bewerkstelligt werden können, wenn nicht die Kasseneinnehmer der Universität mit einer beispiellosen Sorg- losigkeit und Fahrlässigkeit die Ausschüttungen gegen Quittungen Lehmanns vorgenommen hätten. Der Universitätsrat hatte schon einige Tage, bevor die Unterstellungen gegen Kenntnis der Presse kamen, von sich aus eine Untersuchung eingeleitet, die ihm aber von der Staatsanwaltschaft auf Grund einer Anzeige aus der Hand genommen wurde. Es muß hervorgehoben werden, daß ausschließlich Mitglieder der radikalen rechtstehenden Studentenverbände an den unerlaubten Vorkommnissen beteiligt sind. Deshalb verlangen die linksstehenden Mitglieder des Allgemeinen Studen- tenauschusses, daß mit dem bisherigen Entzug der Vertreter in den obersten Gängen der Studentenschaft schnell und gründlich ge- brochen wird.

Selbstmord zu Dreien.

Aus Wilhelmshaven wird eine Tragödie berichtet, für die noch jede Erklärung fehlt. Drei junge Mädchen, die als Haus- angeestellte tätig waren, haben sich von der Kaiser-Wilhelm-Brücke, der größten Drehbrücke des Kontinents, zehn Meter tief in die Fluten gestürzt. Da die Mädchen ihr Vorhaben in später Nacht- stunde ausführten, war eine Rettung in der Dunkelheit nicht mög- lich. Dagegen konnten zwei weitere Mädchen, die die gleiche Ab- sicht verfolgten, im letzten Augenblick durch hinaufkommende Passan- ten von ihrem Vorhaben abgebracht werden. Die Leichen der er- trunkenen Mädchen konnten bisher noch nicht geborgen werden. Ueber die Gründe, die fünf junge Mädchen zu gleicher Zeit und zu der gleichen Art zur Verübung von Selbstmord trieben, vermag sich vorberhand niemand ein Bild zu machen. Gemeinsame Selbstmorde hat es zwar schon oft gegeben. In den meisten Fällen lagen ihnen Liebestragödien oder unerträgliche wirtschaftliche Not zugrunde. Das wird man in dem jetzt vorliegenden Fall kaum annehmen können. Als die Spanier Amerika kolonisierten, die eingeborene Bevölkerung in der brutalsten Weise ausbeuteten und aufs schwerste peinigten, haben die Eingeborenen nicht nur, um dieser Qual ein Ende zu machen, den geschlechtlichen Verkehr ein- gestellt, sondern auch vielfach in Massen Selbstmord begangen. Die gemeinam empfundene Ohnmacht gegenüber der Brutalität der Unterdrücker führte die Unterdrückten zur Selbstmordgemeinschaft. Es wird in dem Wilhelmshavener Falle noch gründlich zu unter- suchen sein, ob der Selbstmordbeschluss der fünf jungen Mädchen individuellen oder sozialen Untergrund hat.

Zwölf Jahre unschuldig im Zuchthaus.

Aus Breslau wird gemeldet, daß der Fleischer Eduard Traut- mann, der wegen eines Mordes, den in Wirklichkeit der Massen- mörder Dente begangen hat, 12 Jahre Zuchthaus verbüßt hat, im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen worden ist. Zwölf Jahre hat der Mann unschuldig im Zuchthaus gesessen, zwölf Jahre ist

er als Mörder betrachtet und behandelt worden. In diesem Falle zeigt sich aufs neue, wie unzuverlässig oftmals die schließlichen Indizienbeweise sind. Trautmann hat auf das eindringlichste stets seine Unschuld beteuert. Man glaubte ihm nicht, weil nach Ansicht des Richters aufs klarste bewiesen war, daß er der Mörder ist. Er erhielt lebenslanglich Zuchthaus. Nun läßt sich, da durch Zu- fall bei einem Massenmörderprozess auch die dem Verurteilten zur Last gelegte Mordtat zur Sprache kam, ein Teil der zu Unrecht auf- erlegten Strafe aufheben. Aber niemand kann ihm wieder gut machen, was er unschuldig an feilscher und körperlicher Pein er- litt. Bei dem Prozess gegen den Münsterberger Massenmörder Dente kamen dem Gericht Aufzeichnungen in die Hände, aus denen die Unschuld Trautmanns klar hervorging. Sein Verteidiger hatte daraufhin Ende vorigen Jahres das Wiederaufnahmeverfahren an- gestrengt. Nun hat das Landgericht in Glatz das Urteil vom Jahre 1911 als einen Justizirrtum bezeichnet und Trautmann unter Verzicht auf eine neuerliche Hauptverhandlung freigesprochen. Trautmann hat also bei allem Unglück noch Glück gehabt. Wie manchem wegen Mordes Angeklagten wurde unschuldigweise buchstäblich der Strick um den Hals gelegt oder in anderer Weise die Verurteilung zum Tode vollstreckt. Und haben wir nicht gegen- wärtig in Leipzig einen ähnlichen Fall. Die zum Tode verurteil- ten Geschwister Jisti haben bis zum letzten Augenblick ihre Un- schuld beteuert. Das Gericht war der festen Überzeugung, daß die Mordschuld für beide zweifellos bewiesen ist. Aber auch die Richter und Geschworenen, die über Trautmann zu Gericht sahen, waren von seiner Schuld fest überzeugt. Und doch stellt sich heraus, daß er nicht das allgeringste damit zu tun gehabt hat. Wer wollte nach solchem Vorkommnis, das überdies durchaus nicht ver- einzelt dasteht, noch zu behaupten wagen, in dem Falle der Ge- schwister Jisti liege die Schuld unter allen Umständen unumstößlich fest. Schon aus diesem Grunde muß man verlangen, daß die Todesurteile nicht vollstreckt werden. Die Vollstreckung eines Todesurteils gegenüber einem Unschuldigen ist grau- sam und mar- tervoller, als die jäh ein Mordopfer überfallende Mordtat.

Trautmann hat an die Presse Mitteilungen über sein Lebens- bild gegeben. Er hat 11 Jahre 8 Monate und 25 Tage im Zuchthaus gesessen, und zu einer Zeit, als seine Unschuld schon sonnenklar war, infolge Schwereitigkeiten von der Staatsanwaltschaft noch länger als ein Jahr sitzen müssen. Er ist mit der Begründung verurteilt worden, daß er am 21. Dezember 1909 die Arbeiterin Emma Sander ermordet habe. Da fand man in der Hinterlassenschaft des Massenmörders Dente ein Notizblatt, auf dem unter 20 anderen Namen seiner Opfer stand: „Emma 21. Dezember“. Aber auch das hat dem Staatsanwalt noch nicht genügt. Zweimal er- griff er gegen Trautmanns Wiederaufnahmeforschung Beschwerde, bis das Oberlandesgericht in Breslau von sich aus ein Wiederaufnahmever- fahren anordnete. Zu der Verurteilung hat eine Anzahl eigen- tümlicher Umstände zusammengewirkt. Trautmann konnte zwar seinen Alibibeweis nahezu lückenlos führen. Nur bei 10 Minuten hat die Rechnung nicht ganz geklappt. Dann hat man noch entdeckt, daß eine Schnur an Trautmanns Hose mit einem ähnlichen Knoten gebunden war, wie ein Unterrockband der Ermordeten. Ein wich- tiges Verdachtsmoment war ferner die Tatsache, daß die Leiche mit einem sogenannten Hammelstich, bei dem das Blut in einem Strahl ausfließt, gestickt worden war. Da Trautmann Schlichter ist, ver- dachteten sich alle Verdachtsmomente auf ihn. Trautmann verlangt eine Entschädigung vom Staat in der Höhe von 50 000 Mk.

Drei Menichen verbrannt.

In dem Trockenraum der Riegerschen Wappenfabrik in Troitzberg (Oberbayern) brach am Sonntagmorgen gegen 7 Uhr Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit verbreitete. Zahlreiche Feuer- wehren aus der Umgebung waren am Brandplatz. Den Feuer- wehren ist es infolge der günstigen Windverhältnisse gelungen, den Brand auf keinen Verd zu beschränken, so daß das Fabrikgebäude und die umweit davon entfernte Kalkfabrik der Stickstoff-Fabrik gerettet werden konnte. Bisher werden drei Personen vermisst, über deren Schicksal noch nichts gesagt werden kann, es ist jedoch anzunehmen, daß sie in den Flammen umgekommen sind.

Veranstaltungskalender.

Montag, den 8. März 1926.
Baugewerksbund, Volkshaus 5 Uhr.
Buchbinder und Papierverarbeiter, Volkshaus 5 Uhr.
Schuhmacher, Volkshaus 1/8 Uhr.
Dienstag, den 9. März 1926.
Holzarbeiter (Bauwerkstätten, Glaserien, Zimmerer- und Bau- geschäfte), Volkshaus, 7 Uhr.
Steineträger, Volkshaus, 5 Uhr.
Tageordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Unserm Kollegen
Bedel nebst Gemahlin
die herzlichsten Glückwünsche
zur Silberhochzeit
Die Ladenmeister der Fielscherer KV.

Gummiklose Spezial-Haus
für moderne, sanften
Beauf
Leipzig
Thustraße 17/18

Nach schwerem Leiden verschied am 6. März im 44. Lebensjahre mein lieber Gatte und Vater,
der Stein drucker

Gustav Adolf Zeiße

Leipzig - Volkmarstraße, Mariannenstraße 82, II. 1.
In tiefer Trauer
Margarete Zeiße geb. Dill und Kinder
nebst Hinterbliebenen
Die Einäscherung findet Dienstag, den 9. März,
nachmittags 1/2 3 Uhr, auf dem Südfriedhofe statt.

Danksagung.
Für die zahlreichen Beweise inniger Teilnahme
und ehrenvolles Geleit beim Hinscheiden meiner
lieben Frau

Selma Schöllknecht

zur letzten Ruhestätte sprechen wir hiermit allen
unsere innigsten Dank aus. Vielen Dank auch
Herrn Dr. Ohr für die tröstenden Worte.
Leipzig, am 8. März 1926.
In tiefer Trauer
Rudolf Schöllknecht und Kinder
nebst Angehörigen.

Am 5. März verschied unerwartet an Herzlähmung unser hoch-
verehrter Seniorchef

Herr Geheimer Kommerzienrat Carl Weichelt

Tieferschüttert stehen wir an der Bahre dieses edlen Mannes,
der uns allen nicht nur ein gültiger Chef, sondern im wahrsten
Sinne ein väterlicher Freund und Berater war. Er war uns stets
ein leuchtendes Vorbild treuester Pflichterfüllung, unermüdlichen
Fließens und nie versagender Hilfsbereitschaft. Seinem Gedächtnis
zu Ehren wollen wir in seinem Sinne an seinem Werke weiterarbeiten.
Wir werden seiner stets mit tiefer Dankbarkeit und Verehrung
gedenken.

Die Angestellten und Arbeiter
der Firma Meier & Weichelt, Leipzig-Lindenau.

Plötzlich und unerwartet verschied am 6. März
nach kurzem schwerem Krankenlager im Alter von
60 Jahren mein lieber Mann, unser guter Vater,
Schwieger- und Großvater

Friedrich Eduard Schöppenthau

Lindenthal bei Leipzig, Bahnhofstraße 10
In stiller Trauer
Anna Schöppenthau geb. Thielmann u. Kinder
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 10. März,
nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme
bei dem viel zu frühen Hinscheiden unserer teuren
Entschlafenen

Frau Elsa Geißler

sprechen wir allen Verwandten und Bekannten
unseren herzlichsten Dank aus.
Besonderen Dank dem Dirigenten Paul Michael
nebst Angehörigen.
L.-P. i. a. w. i. b., den 6. März 1926.
Die trauernde Familie
Bruno Geißler und Hinterbliebenen.

Infolge Herzschlags verschied plötzlich und unerwartet
mein treusorgender Gatte, unser guter Vater, Schwieger-
vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Gastwirt

Gustav Berger

im 54. Lebensjahre. In tiefer Trauer
L.-Reudnitz, Lilienstraße 27, den 6. März 1926
Restaurant Lilienhof
Hulda verw. Berger und Kinder
nebst Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch, vormittags 11 Uhr, von der
Kapelle des Trinitatisriedhofes aus statt.

Am Sonntagabend, dem 6. März, abends 8.15 Uhr,
verstarb plötzlich und unerwartet meine unvergeß-
liche, herzensgute Gattin, unsere treusorgende, un-
erlebbare Mutter, Schwieger- u. Großmutter, Schwester,
Schwägerin und Tante, Frau

Auguste Bischoff geb. Halecker

im Alter von 65 Jahren,
Leipzig, München, Bonn.
In schwerem Schmerz
Familie Bischoff nebst Angehörigen.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 10. März,
nachmittags 1/2 3 Uhr, auf dem Südfriedhofe statt.

Danksagung.
Für die aufrichtige Teilnahme beim Heim-
gange meiner lieben Frau

Lina Miltzer geb. Mehlhorn

sage ich allen meinen herzlichsten Dank. Be-
sonders Dank den lieben Hausbewohnern für
ihre liebevolle Unterstützung während ihrer
Krankheit sowie allen Freunden und Nachbarn
für die schönen Blumen Spenden.
Leipzig, den 8. März 1926.
Karl Miltzer nebst Angehörigen.